

Wöchentlich 4 Pfennig monatlich
2. Reichsmark im voraus zahlbar.
Unter Einwirkung des Reichs-
postamts 1.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Kultur-
ten Sonntagsbeilage „Voll und Zell“
sowie den Beilagen „Unterhaltung
und Witz“, „Aus der Blumwelt“,
„Stadtbilder“, „Frauentimme“,
„Der Kinderfreund“, „Jugend-
wörter“, „Bild in die Zukunft“,
„Kulturarbeit“ und „Lehrling“
erscheint wochentags zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einblättrige Sonntagsbeilage
40 Pfennig. Kleinbeilage 2. — Reichs-
markt „Kleine Anzeigen“ des Freitag-
druckes Wort 20 Pfennig (zweiwöchig zwei
mal gedruckt) Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort
12 Pfennig. Zeitungsdruck des Freitag
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für
Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 2, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verlagsdirektor: Föhrhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 2

Briand antwortet Stresemann.

Bereitschaft zu Räumungsverhandlungen — aber von den Wahlen hängt alles ab!

Der französische Außenminister Briand hat gestern im Senat die angekündigte und mit Spannung erwartete Antwortrede an Stresemann gehalten. Der Wortlaut dieser Erwiderung lag erst in den späten Abendstunden vollständig vor. Ihre Bedeutung für die gesamte europäische Politik — und das gilt auch für die innere Politik Frankreichs und Deutschlands — springt in die Augen. Ein so wichtiges Dokument bedarf einer gründlichen Prüfung, ehe man zu ihm endgültig Stellung nimmt. Als erster Eindruck läßt sich jedenfalls sagen, daß die Rede des französischen Außenministers neben viel Gutem manch Anfechtbares enthält. Man könnte, um Briands eigene Ausdrücke zu gebrauchen, als er sich gegen Stresemanns Wort „Heuchelei“ verwahrte, auch in diesem Fall sagen: „Manche Worte von ihm gefallen mir nicht“. Aber man braucht nur die Reden zu lesen, die vor ihm besonders von rechtsgerichteten Senatoren gehalten wurden, um zu verstehen, daß er gerade jene Stellen, die in Deutschland berechtigte Kritik hervorrufen werden, aus taktischen Gründen einschalten mußte — genau so übrigens, wie Stresemanns Kraftausdruck über die Sicherheitsfrage vor allem eine Konzeption an die Rechtsparteien bildete. Die Welt wäre eben viel leichter vernünftig und friedlich zu regieren, wenn nicht in jedem Lande die nationalistischen Kräfte stark und einflußreich wären.

Das ist aber der gesunde Grundgedanke, der aus den Ausführungen Briands hervorgeht. Wie er sich selbst gegen seine Kritiker von rechts verteidigen muß, erkennt er Stresemanns Bemühungen an, den „alten Geist“ der deutschen Nationalisten zu bekämpfen und er lobt besonders die zweite Rede des Reichsaussenministers, weil sie gegen Freitagsh-Loringhoven gerichtet war.

Briands Anspielung auf die kommenden Wahlen in Frankreich und Deutschland kann in ihrer Bedeutung und ihrer Tragweite nicht mißverstanden werden. „Die Völker müssen vollkommen aufgeklärt werden“, rief Briand aus. Von dem Erfolg dieser Aufklärungsarbeit, wie er bei den Ergebnissen der kommenden Wahlen in Erscheinung treten wird, hängt die Lösung des Räumungsproblems wesentlich ab. Das ist der klare Sinn dieser Antwort Briands an Stresemann. Sie bildet zwar für den deutschen Reichsaussenminister keine Ueberraschung mehr, denn schon seit der Septembertagung des Völkerbundesrates ist er sich darüber im klaren, daß vor den nächsten Wahlen über das Rheinlandproblem keine verbindlichen Verhandlungen geführt werden können. An der Reichsregierung, vor allem am Leiter der Außenpolitik liegt es, die Konsequenz aus dieser unzweideutigen Sachlage zu ziehen.

Trotzdem, die Völker müssen aufgeklärt werden, insbesondere darüber, was außenpolitisch von dem Ausgang der kommenden Wahlen abhängt. Der gegenwärtige Zustand in Deutschland — übrigens auch in Frankreich —, wo Nationalisten mit Verstandspolitikern zusammen regieren, erschwert die notwendige Aufklärung und erzeugt im Gegenteil immer wieder zweideutige Situationen, die für die Außenpolitik auf die Dauer einfach unerträglich sind. Die jüngste außenpolitische Debatte im Reichstag hat dafür ein Schulbeispiel geliefert.

Jedenfalls hat Briand durch diese Rede seine Bereitschaft zu lokalen Verhandlungen mit Deutschland über die Räumungsfrage unzweideutig zu erkennen gegeben, und auf diese Tatsache kommt es an.

Paris, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Im Senat forderte am Donnerstag der zu den Rechtspar-
teien zählende Senator Chopiteau die Aufrechterhaltung
der Rheinlandbesetzung als die einzige wirksame Garantie
für die Sicherheit Frankreichs. Deutschland werde keinen Angriff
unternehmen, solange es fürchte, daß der Krieg auf seinem
Gebiet geführt würde. In diesem Ton kritisierte der Redner
auch die Locarno-Verhandlungen, die seiner Ansicht nach zu Miß-
verständnissen Anlaß geben. Stresemann zeige sich nach
außen zwar entgegenkommend, im Innern befinde er
sich jedoch in voller Uebereinstimmung mit den
Nationalisten, und der heutige Reichspräsident
wollende sei der Vertreter der Gewalttäter. Der Völker-
bund, der ein Tribunal ohne Gendarmen darstelle, bedeute für die
französische Sicherheit überhaupt nichts. Unter diesen Umständen
wäre es ein Verbrechen an Frankreich, wenn die Garantie der
Rheinlandbesetzung überhaupt berührt würde. (!)

Im weiteren Verlauf der Senatsdebatte spricht Senator de
Jouvenel über die ungarische Waffenschlebung. Die
Kleine Entente habe sich erst einen Monat nach dem Zwischenfall
von St. Gotthard an den Völkerbund gewendet. Inzwischen seien
die Maschinengewehre in dem beschlagnahmten Eisenbahnwagen
durch altes Eisen ersetzt worden. Gleichzeitig erfahre man
heute, daß die angehaltene Sendung bereits die zehnte ihrer
Art war.

Warum habe Frankreich nicht sofort den Völkerbundrat angerufen:

zumal diese Affäre das ganze Problem der Abrüstung und
der Sicherheitsgarantien aufrolle. Wenn in dieser Sache keine
ernten Maßnahmen getroffen würden, mit welchem Recht könnte
man dann von anderen Ländern die Einhaltung ihrer Entwaff-
nungspflicht fordern? Sämtliche französische Theorien von der
Abrüstung und einer internationalen Kontrolle würden dann zu-
sammenbrechen. Als Paul Boncour vor wenigen Monaten
von der Kontrolle über die demilitarisierte Rheinlandzone gesprochen
hatte, habe er nicht daran gedacht, daß dem Deutschen Reich
dadurch eine neue Verpflichtung auferlegt oder eine Demütigung
berichtet werden könne. Es handele sich hier vielmehr um die An-
wendung der allgemeinen internationalen Kontrolle. Jouvenel
fordert schließlich, daß Briand im Völkerbundrat die Errichtung
einer permanenten internationalen Kontrollkommission vorschlage,
damit ähnliche Vorfälle wie in Ungarn in Zukunft verhindert würden.

Jouvenel äußert sich dann noch zu der Räumung des
Rheinlandes und fordert, daß die Frage zum Gegenstand von
Verhandlungen gemacht werden müsse. Die französische Rheinland-
politik werde nur dann erfolgreich sein, wenn sie die Sicherheit
Frankreichs über das Jahr 1935 hinaus garantiere. Von der
Kriegsgefahr im Osten sprechend, schlägt de Jouvenel vor,

einen neuen internationalen Vertrag

zu schließen, den auch England und Italien unterschreiben müßten
und durch den nicht nur der Friede am Rhein, sondern der Friede
in ganz Europa gesichert würde. Wenn Deutschland diesen

Vertrag annehme, dann könnte das Rheinland geräumt werden.
An die Stelle der Friedenspropaganda müßte endlich die technische
Arbeit für den Frieden selbst treten.

Der folgende Interpellant, der rechtsstehende Senator Che-
noboff, sprach über die Kontrolle der demilitarisierten Rheinzone, die
durch die Artikel 42 bis 44 des Friedensvertrages eindeutig geregelt
sei. Es fehle nur an der technischen Durchführung dieser Bestim-
mungen. Der Völkerbundrat habe sich zwar im März 1925 mit
diesem Problem beschäftigt, sei aber zu einem Entschluß nicht ge-
kommen. Bevor das Rheinland geräumt werden könne, müßte
diese Frage gelöst werden. Wenn Herr Stresemann eine Kontrolle
der Rheinlandzone nach dem Jahre 1935 ablehnen wollte, so sei das
unhaltbar.

Dann ergriff der französische Außenminister

Briand

das Wort. Er versicherte eingangs, durch keinerlei Wort-
klünste frühere Erklärungen verdecken zu wollen. Er werde seine
Meinung frei zum Ausdruck bringen. Den Wünschen ihm und Herrn
Stresemann über die Grenzen hinaus eingeleiteten Dialog betrachte
er als überaus glücklich.

Briand führte u. a. aus: Gewisse Redner haben sich vor
ihren Glan fortziehen lassen, aber vielleicht die Letzte des Fre-
densvertrages und der Locarno-Abkommen nicht gründlich studiert.
Man ist, wenn man einen Vertrag prüft, versucht, darin vornehm-
lich oder sogar ausschließlich das zu finden, was einem gefällt.
Aber man muß eine Warnung in allen ihren Teilen ins Auge
fassen, um sie loyal zu erfüllen. Die Locarno-Verträge enthalten
Versprechen, aber nicht alle erforderlichen Sicherheiten.
Es hat sich aus diesen Verträgen eine Art Mistral herausgebildet,
die nicht unbeachtet bleiben darf. Ich meinerseits versuche,
Mistral und Praktisches miteinander in Ein-
klang zu bringen und hoffe, zwischen diesen beiden Gefühlen
den Frieden hergestellt zu haben.

Aber ich bleibe davon überzeugt, daß man, wenn man den
Frieden will, nicht vor dem Wort Frieden Angst haben darf. Man

Reaktion gegen Achtstundentag.

Die konservative englische Regierung gegen Ratifikation des Washingtoner Abkommens. — Protest der Arbeitergruppe. — Nur die Unternehmer für die Tories.

Genf, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Die Donnerstagsitzungen des Verwaltungsrates des
Internationalen Arbeitsamtes brachten eine heftige
Auseinandersetzung über die Achtstundentagkonvention.

Der Kampf wurde vom englischen Regierungsver-
treter provoziert, der im Namen seiner Regierung die Auffehen
erregende Erklärung abgab,

daß England die Achtstundentagkonvention in ihrer
jetzigen Form nicht ratifizieren würde.

Im Namen seiner Regierung beantragte er vielmehr, die Revision
der Washingtoner Konvention auf die Tagesordnung
der Arbeitskonferenz von 1929 zu setzen. Während sich die Unter-
nehmer dem englischen Antrag anschlossen, bezeichneten sowohl die
Vertreter der deutschen wie der belgischen Regierung
das englische Vorgehen als überraschend und betonten, daß sie
sich ihm nicht anschließen könnten. Sie forderten Vertagung
der Entscheidung über den englischen Revisionsantrag bis zur
nächsten Verwaltungsratsitzung. Der französische Regierungsver-
treter hielt gleichfalls die Revisionsfrage noch nicht für aktuell.
Ebenfalls ablehnend war Polen.

Im Auftrag der Arbeitergruppe wiesen Jouhaux-Fran-
reich, Oudegeest-Holland, Poullton-England und Hermann Müller-
Lichtenberg den englischen Anschlag auf den Achtstundentag scharf
zurück.

Der englische Arbeitervertreter erklärte es für eine
Ehrensache seines Landes, in der Ratifizierung des
Washingtoner Abkommens voranzugehen.

Jouhaux wies die Behauptung der englischen Regierung, daß es
sich nur um Änderungen, nicht um einen Angriff gegen das Prinzip
des Achtstundentages handele, zurück. Eine Revision der Washing-
toner Konvention dürfe nur in einer stärkeren Befestigung des Acht-

stundentages oder in einer weiteren Einschränkung der Arbeitszeit
bestehen.

Der deutsche Arbeitervertreter Hermann Müller-Lichtenberg
führte aus, daß gerade England als einer der Väter des Arbeits-
vertrages besonders zur Ratifizierung des Achtstundentagsvertrages
verpflichtet sei. Dieser Vertrag binde die Nationen, die ihn verfaßt
haben, weit mehr als die übrigen. Die Ablehnung Englands sei
auch deshalb bedauerlich, weil die englische Regierung die
Konferenzen von Bern und London veranstaltet habe
und damit andere Länder in den Glauben verlegt hätte, daß es
London mit der Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens ernst
sei. Die ganze Debatte stelle eine Schicksalsfrage für das Arbeits-
amt überhaupt dar. Man mache Anstalten, rückwärts zu re-
vidieren; gelinge das, so wäre das ganze Internationale Arbeits-
amt gefährdet. Eine tiefe Unzufriedenheit werde in der
Arbeiterchaft Platz greifen, die vielleicht zum Mißtrauen gegen
das Arbeitsamt führen könne. Müller bedauerte schließlich
mit Jouhaux, daß sich ein Antrag in Genf überhaupt vorge-
legt werden konnte.

Der Direktor des Arbeitsamtes, Thomas, unterstrich die Be-
hauptung von Müller, daß es sich um

eine tragische Stunde des Arbeitsamtes

handele. Die britische Regierung hätte zwar immer von Revision
gesprochen, aber nie positive Vorschläge gemacht. Thomas erklärt
es aus praktischen Gründen für ausgeschlossen, daß sich die
Arbeitskonferenz von 1929 mit der Revision des Achtstundentages
abgeben könne. Er wies, wie Müller, darauf hin, daß das Revisions-
verfahren überhaupt noch nicht juristisch geregelt sei.

Die Abstimmung über den englischen Vorschlag und über
einen Vorschlag der französischen Arbeitgeber, der nicht ganz so weit
wie der englische Regierungsvorschlag geht, wurde auf Freitag ver-
tagt. Es ist zu erwarten, daß der englische Antrag infolge der Ab-
stimmung vieler Regierungsveterane nicht angenommen wird.

Ein Richtlinienrepublikaner.

Wie ein Parteivorstandsmitglied der Deutschnationalen straflos schimpfen darf.

Hamburg, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Vor dem Monarch Schöffengericht hatte sich heute der Reichsführer der Bismarckjugend H. D. Siemeling wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verantworten. Siemeling hatte am 3. Juni 1927 auf dem Reichsjugendtag der Bismarckjugend in Siegen eine Rede gehalten, in der er die Republik in größter Weise beschimpfte. Unter anderem hatte er von schwarzgelben Patentrepublikanern gesprochen, von denen durch die Schmutzwelle der Revolution an die Oberfläche geschwommenen Rumpfhörnern des heiligen Systems, vom republikanischen Phrasenschwall, der das Volk betört habe, der die Feigheit zur Triebfeder seines staatlichen Handelns mache und nur den Ostjuden Seufz und Knarr verschaffe. Weiter hatte Siemeling zum Kampf für das Kaiserthum aufgefordert.

Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er nicht die Absicht gehabt habe, die republikanische Staatsform und die Regierungen des Reiches und der Länder zu beschimpfen. Die intrinsekten Stellen bezögen sich alle nur auf die Revolution, nicht auf die verfassungsmäßig festgestellte Staatsform. Eine Beschimpfung der legitimen Regierung habe ihm schon deswegen ferngelegen, als er als Mitglied des Reichsparteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei doch nicht die Vertreter seiner eigenen Partei in der Regierung beschimpfen werde.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Siemeling eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten, die in 2000 M. Geldstrafe umzuwandeln sei. Der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Eberling, der als Verteidiger fungierte, leistete sich in seinem Plädoyer

eine Reihe von Verdächtigungen, ohne daß der Gerichtsvorsitzende Landgerichtsdirektor Böhde dagegen einschritt. Unter anderem erklärte Eberling, die Erhebung der Anklage sei offenbar nur durch ein Uebergreifen von politischen Wünschen und verwaltungsmäßigen Einflüssen erfolgt. Das „Berliner Tageblatt“ und der „Vorwärts“ seien die ersten gewesen, die nach Bestrafung des Angeklagten geschrieben hätten. Diese beiden Blätter seien aber nur empfindlich, wenn von Rumpfhörnern der Revolution gesprochen werde. Die wahren Rumpfhörner der Revolution seien doch die Kreise, die hinter dem „Berliner Tageblatt“ ständen, Barnot, Aulster usw. Der Ausdruck „Feigheit des staatlichen Handelns“ habe sich nur auf die sogenannten Erfüllungspolitik bezogen. Weiter sprach Eberling von Personen, die als Vorbestrafte zu Landräten gemacht seien, ohne sonstige Fähigkeiten zu besitzen.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei.

Es folgte in der Urteilsbegründung im wesentlichen den Gedankengängen Eberlings. Mit keinem Wort sei in der Rede ein Minister genannt worden, und mit dem Ausdruck „Rumpfhörner des heiligen Systems, die durch die Schmutzwelle der Revolution an die Oberfläche geschwommen seien“, seien nicht Mitglieder der Regierung, sondern die Führer der politischen Parteien gemeint und die Leute, die ohne besondere Vorbildung zu einem Amt gekommen seien. Die Haupttendenz der Rede sei dahin gegangen, die Vorgänge der Monarchie gegenüber der republikanischen Staatsauffassung zu belegen. Es sei nicht anzunehmen, daß der Angeklagte die Absicht gehabt habe, die Republik zu beschimpfen. Er habe sich, da er das Republikungesetz gut kenne, wohl gehütet, dagegen zu verstoßen.

wußt Hieser vom Frieden als vom Krieg sprechen. Die Menschheit hat den Frieden niemals sehr hoch geschätzt. Die Männer, die vom Frieden sprechen, haben kaum in irgendwelcher Epoche Ermüdung erfahren, man hat sie vielmehr verhöhnt. Die Nationen hielten sich an die Formel: „Wenn du den Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor.“ Ich fürchte, daß diese Formel nicht sehr wirksam gewesen ist, wenn ich nach den blutigen Spuren urteile, die ich auf allen Seiten der Geschichte bemerke. Als ich in meinem Arbeitszimmer Gruppen von jungen Leuten eintraten sah, die alle die furchterlichen Verletzungen aus dem Kriege trugen und

als ein junger blinder und armlöser Oesterreicher auf mich zutrat und mir erklärte: „Lassen Sie sich nicht von Ihrem Werk abbringen, ich sage Ihnen das im Namen von fünf Millionen Kriegsoverlebten“, da habe ich in mir die Fähigkeit gefühlt, gewisse Angriffe gegen mich zu mißachten.

Man hat die Locarnopolitik kritisiert, aber ich erwartete, daß diejenigen, die Kritik üben, zu einem anderen Weg, den man befolgen könnte, angäben. Die Lage ist noch besorgniserregend, aber nach einem Kriege, mit dem kein vorhergehender verglichen werden kann, ist es schwer, das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Seit einigen Jahren macht sich jedoch ein Fortschritt zum Frieden hin bemerkbar. Der Krieg ist immer noch da und wartet auf eine Gelegenheit, aber er ist nicht mehr Herr der Umstände.

Briand nannte alsdann den Völkerbund eine ausgezeichnete Einrichtung, die allerdings noch vervollkommenet werden müsse, die aber zum ersten Male einen Friedensgerichtshof unter den Völkern geschaffen habe, um darin fortzufahren:

Besonders beglückwünscht habe ich mich, als die Vertreter Deutschlands in den Völkerbund eingetreten sind, und als sie im Laufe der letzten Völkerbundsratsitzung sich bemüht haben, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Mein Gerechtigkeitsgefühl erfordert es, daß ich auch den Vertreter Rußlands, Litwinoff, erwähne, der sich an den polnisch-litauischen Verhandlungen in wirkungsvoller Weise beteiligt hat.

In dem Abkommen von Locarno muß man den Geist und den Buchstaben berücksichtigen. Reichsminister Stresemann steht es vor, auf der Seite des Geistes zu bleiben und nicht auf der Seite der Realitäten des Paktes. Ich bin seiner Loyalität sicher, und er wird es nicht unberücksichtigt lassen, daß auch ich nicht die Interessen meines Landes außer acht lassen darf. Stresemann ist ein positiver Geist, aber er neigt zu der Tendenz, im Garten der Delibäume von Locarno spazieren zu gehen, in dem er die Hand ausstreckt zum Rechten, aber nicht zum Linken. (Heiterkeit.) Deutschland muß sich eben Rechenschaft davon abgeben, daß — bevor man zu einer vernünftigen Durchdringung der gegenseitigen Interessen gelangt — die beiden Bäume eben auf Schmiezigkeiten stehen. Man sucht in Locarno allerlei hinein zu interpretieren, aber Locarno ist ja erst seit einhalb Jahren in Kraft. Der Dawes-Plan ist bis jetzt ohne Zwischenfall ausgeführt worden. Die Reparationskommission hat den guten Willen Deutschlands anerkannt, man hat den deutsch-französischen Handelsvertrag abgeschlossen, das sind die Folgen von Locarno. Bedeutet das etwa nichts?

Briand erklärte weiter: Von den beiden Reden Stresemanns im Reichstag ziehe ich die zweite vor. Die erste ist auf einen ziemlich konsistenten Ton gestimmt gewesen, hat aber Worte enthalten, die mir nicht gefielen. Ich verwahre mich dagegen, daß man auf der Tribüne des französischen Parlaments Deutschland und die Absichten seiner Staatsmänner nach Zeitungsberichten beurteilt, vor allen Dingen aber dagegen, daß man die Reichswehr nach Broschüren beurteilt, deren Inhalt man nicht kontrollieren kann. Briand erklärte in diesem Zusammenhang, daß er General v. Seeckt und auch Götter verstehe, um dann fortzufahren: Was Stresemann von der Heuchelei hinsichtlich der Sicherheitsfragen gesagt hat, bedauere ich. Aber man muß anerkennen, daß er die Tendenzen des Abgeordneten v. Freitag-Doringhoven scharf bekämpft hat. Stresemann hat den allen Parteipolitischen Geist, der vielmehr noch nicht ganz tot ist, stets bekämpft. Aber ich wende mich an Dr. Stresemann wenden und ihm sagen: Sie behaupten, daß die Haltung Frankreichs eine Erniedrigung für Deutschland ist. Rein!

Im Verlauf dieses Jahres werden Waisabstimmungen in den hauptsächlichsten Ländern Europas stattfinden. Unsere Delegationen werden von dieser Lage beeinflusst. Das Ergebnis der kommenden Wahlen aber kann ungeheure Folgen nach sich ziehen. Die Wähler müssen vollkommen aufgeklärt werden.

Und darum begreife ich es, daß Stresemann im Reichstag über das Rheinlandproblem sich ausgesprochen hat. Was die Folgen von Locarno anbetrifft, so möchte ich daran erinnern, daß die deutsche Delegation nach Locarno eine Liste von Forderungen mitbrachte. Ich habe dieses Papier nicht angesehen und verlor, daß bedingungslos unterzeichnet werde. Racheher könne man ja sehen. Ich habe in meinem eigenen Namen und ohne dadurch meine Regierung zu engagieren, zu den deutschen Delegierten gesagt, daß der Geist der Abkommen gewisse Erleichterungen zur Folge haben müßte, um deren Annahme durch die französische Regierung ich mich bemühen würde. Erst dann habe ich die deutschen Forderungen geprüft. Stresemann hat gewisse Zugeständnisse erhalten. Die Befegung hat ihren Charakter vollkommen geändert. Ohne Zweifel bleibt sie auch so für die Deutschen noch eine unangenehme Sache. Sie ist auch ein Hindernis für gewisse Realisierungen, aber sie hat sich geändert. Die Haltung der Deutschen ist im Anfang so gewesen, daß man die Rheinlandbefegung ein wenig streng halten mußte. Das gehört der Vergangenheit an.

Die Annahme, daß die Befegung ein Vergnügen ist, liegt mir fern. Die Franzosen wünschen auch nicht, daß sie eine Erniedrigung bedeutet; das liegt nicht im Charakter der Franzosen. Wenn Stresemann sagt: Wir haben nichts gewonnen, und man ist enttäuscht worden, so ist das unrichtig. Deutschland, das von allen internationalen Regelungen ausgeschlossen gewesen ist, arbeitet jetzt mit den Mächten und es hat nicht das Recht, die Lage zu verkennen, die es jetzt einnimmt. Wenn man diese Tatsache für sich nimmt, kann sie als unbedeutend bezeichnet werden; in die Gesamtheit der Lage eingestellt, ist ihre Bedeutung nicht zu verkennen. Was die entmilitarisierte Zone betrifft, so wendet Frankreich nur den Versailler Vertrag an. Deutschland erklärt, daß Frankreich jetzt alle notwendigen Garantien für seine Sicherheit besitze. Wenn Deutschland von seinen Wünschen spricht, so muß es immer bedenken, daß es nicht genügt, sie auszusprechen, um ihre Erfüllung zu erlangen. Man begreift,

daß Deutschland das Ende der Rheinlandbefegung herbeiwünscht,

aber ich kann diese Frage nicht so einfach sehen, wie man sie in Deutschland sieht.

Im Rheinland steht Frankreich nicht allein, am Rhein stehen die Alliierten, und Frankreich kann allein nicht über die Aufrechterhaltung oder Beseitigung der Befegung entscheiden. Der Vertrag von Versailles kann nur im Einverständnis aller Parteien abgeändert werden. Man darf also nicht bei dieser Frage von Heuchelei sprechen. Ebenso täuscht man sich auch, wenn man behauptet, daß man in der Welt die Haltung Frankreichs zu fürchten. Aber man kann unmöglich die Solidarität verkennen, die mit den anderen Teilen Europas besteht. Nach dem Versailler Vertrag ist die Rheinlandbefegung aus drei Gründen vorgenommen worden: Erstens wegen der Kriegsbeschuldigten, auf deren Bestrafung man verzichtete, zweitens wegen der Entwaffnungsfrage und drittens wegen der Reparationsfrage. In Thoiry habe ich zu Stresemann gesagt: „Regeln wir doch diese Angelegenheit, ohne aus dem Rahmen des Vertrages herauszutreten.“ Sie wünschen die vorzeitige Räumung, also müssen Sie entlassen und die Mittel ins Auge fassen, durch die Sie Ihre Reparationszahlungen früher leisten können.“ Die Entwaffnungsfrage ist jetzt geregelt, und Stresemann hat mir hinsichtlich der letzten Frage erwidert, er werde sich mit den Finanzsachverständigen prüfen und Vorschläge unterbreiten. Diese Vorschläge habe ich aber niemals erhalten, also ist die Frage der Reparationen für die vorzeitige Räumung seit Thoiry, abgesehen von dem, was ich damals gestellt habe, nicht weiter gekommen.

Die allgemeine Lage des Finanzmarktes der Welt hat Stresemann sicher davon abgehalten, die angeforderten Vorschläge zu unterbreiten. (Die Wahrheit ist, daß solche Vorschläge zwecklos waren, weil die Vereinigten Staaten ihre unerlässliche Mitwirkung von der Ratifizierung ihres Schuldenabkommens mit Frankreich abhängig machten. Diese Ratifizierung lehnt Frankreich heute noch ab. Deshalb trifft in diesem Punkte keinerlei Vorwurf die deutsche Regierung. Red. d. B.)

Auch heute wagt sich Frankreich nicht, das Räumungsproblem aufs neue zu prüfen, aber wohlverstanden nur im Einverständnis mit seinen Alliierten. Stresemann sagte im Reichstag: „Wir werden nichts über den Rahmen des Versailler Vertrages hinaus zugestehen.“ Ich verlange das von ihm auch gar nicht. Hier handelt es sich um ein Geschäft.

Deutschland ist ein wirtschaftlich durchgebautes Land und wird schon Mittel finden, um im Rahmen des Versailler Vertrages zu einem Resultat zu kommen. Was die Sicherheit anlangt, so ist es gewiß, daß der Versailler Vertrag nach dieser Richtung hin Garantien gewährt, aber nach 1933 muß der Versailler Vertrag in der entmilitarisierten Zone funktionieren. Es handelt sich hierbei nicht um eine Kontrolle durch Hunderte von Kontrollbeamten. Diese Zone ist aber nicht nur im Interesse Deutschlands (?), sondern auch in dem Frankreichs errichtet worden. Der vorgesehene Garantiemechanismus muß eben spielen, und zwar in dem vom Völkerbund vorgesehene Rahmen. Nach dieser Seite hin werde ich mich orientieren. In diesem Geiste will ich mit den Vertretern Deutschlands verhandeln. Bei gemeinsamem guten Willen werden wir schon zu einem befriedigenden Ergebnis kommen. Wenn wir Franzosen das Rheinland verlassen können, werden wir es ohne Bedauern tun. Unser Volk weiß sich zu schlagen; das hat es bewiesen, aber es ist kein Volk, das gern eine Befegung durchführt. Wir werden deshalb, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, gerne unsere Geneigtheit zu einer Annäherung an Deutschland zeigen. Wenn dann die entmilitarisierte Zone gesichert ist, ist das ganze Problem gelöst.

Nach einem Hinweis auf die bereits durch Frankreich selbst vollzogene Verminderung der Rüstungen fuhr Briand fort: Ich kann dem Senator de Rowenot erklären, daß hinsichtlich des Zustandes in der Reparationsfrage das Jahr 1928 nicht zu Ende gehen wird, ohne daß diese ernste Frage in ihrer Gesamtheit geregelt wird, und zwar so, daß hierdurch die Hoffnung auf den allgemeinen Frieden konsolidiert wird. Briand ging dann noch auf die französisch-amerikanischen Schiedsgerichts- und Antikriegspartieverhandlungen ein und erklärte zum Schluß: Die Beziehungen Deutschlands zu Polen werden demnächst zu einem wirtschaftlichen Abkommen führen. Man hat mich gefragt, ob ich gesagt habe, daß ich mich in der Schaffung eines Garantiesystems für Osteuropa im Sinne des Locarnoabkommens Westeuropas interessiert. Der Beweis, daß ich das nicht tue, ist im Text des Locarnoabkommens zu finden. Auch England hat nicht gesagt, daß Osteuropa es nicht interessiert. Aber es behält sich eben vor, nach den

Umständen zu handeln. Deutschland hat ja die Verpflichtung übernommen, alle eventuellen Konflikte mit Polen schiedsgerichtlich zu verhandeln. Es ist also nicht richtig, daß Polen durch die Locarnoabkommen keine Garantien erlangt habe.

Einstimmiges Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 2. Februar.

Der Senat hat im Anschluß an die Rede Briands mit allen gegen eine Stimme eine Resolution angenommen, in der es heißt: Der Senat spricht der Regierung das Vertrauen aus, daß sie immer mehr die Friedensgarantien verstärkt, die Achtung vor den Verträgen aufrecht erhält und die nationale Sicherheit gewährleistet, und billigt die Erklärungen des Ministers des Aeußern.

Poincaré rühmt die eigene Finanzpolitik

Ironische Kritik an den Sozialistenführern.

Paris, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag hat Ministerpräsident Poincaré ebdlich das Wort zu seinem Rechenschaftsbericht über seine Finanzpolitik geübt. Seine Rede brachte keine Sensationen. Sie war rein professoral, akademischer Natur.

Poincaré begann mit einem rhetorischen Rückblick auf die Finanzlage, wie er sie bei seinem Amtsantritt vorgefunden hatte. Im Interesse des Bürgerfriedens verzichtete er dabei auf jede Kritik, die etwa den radikalen Stützen der „nationalen Einheit“ hätte tun können. Dafür hielt er sich aber an den Sozialisten schadlos. Ramentisch Léon Blum und Vincent Auriant bildeten die Zielscheibe für die ironischen Ausfälle Poincarés. In spottlangen Ausführungen zitierte er ihre Reden und Artikel, um dann jedesmal nicht ohne Selbstgefälligkeit festzustellen, daß er selbst mit anderen Mitteln zum Erfolge gekommen sei. Diese Erfolge seien Gleichgewicht im Budget und Aufwertung des Frankens auf 125 gegenüber dem Pfund. Sein Wert habe sich ohne Störungen vollzogen, obwohl er keineswegs die Hilfe des Auslandes in Anspruch genommen habe. Die Aufgaben seien noch nicht vollendet, aber die jetzt schon erzielten Resultate seien sehr bedeutend.

Von allen Seiten — so fuhr Poincaré fort — habe man ihm damals zugerufen, sofort um jeden Preis zu stabilisieren, das Schuldenabkommen mit London und Washington zu ratifizieren und die Hilfe des Auslandes anzurufen. Als er sich geweigert habe, Frankreich in irgend eine Abhängigkeit zu bringen, habe man ihm prophezeit, daß er keinen Monat leben werde. Aber das Land habe gespart, daß die Regierung ihre Finanzen strengstens in Ordnung halte und alle ihre Verpflichtungen erfüllen wolle. Das Vertrauen sei zurückgekehrt und zwar in einem Maße, daß, wie Poincaré würdlich sagte, die Regierung das englische Pfund unter 100 Franken hätte heruntertreiben können, wenn sie nicht auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft und der Industrie Rücksicht genommen hätte.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Dr. Hermes kommt nach Berlin.

Warschau, 2. Februar.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind in den letzten Wochen durch die Behandlung einer Reihe von wichtigen Einzelfragen ein wesentliches Stück vorwärtsgelommen.

Die Kohlenkommission hat über die Modalitäten der Einfuhr der polnischen Kohle nach Deutschland verhandelt und insbesondere eine Reihe von technischen Fragen eingehend erörtert. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß die beiderseitigen beteiligten Wirtschaftskreise zu einer gemeinsamen Beratung über den Abschluß der polnischen Kohle nach Deutschland zusammenzutreten können. Diese Zusammenkunft soll Mitte Februar stattfinden, und im Anschluß hieran ist dann die Fortführung der Verhandlungen der Kohlenkommission in Aussicht genommen. Die Veterinärkommission hat bereits eine Reihe grundsätzlicher Fragen gelöst. Sie hat ihre Arbeiten Ende Januar wegen einer in Genu stattfindenden Konferenz von Veterinärfachverständigen für kurze Zeit aussetzen müssen und wird sie alsbald wieder aufnehmen. Die Kommission für die Zollförmlichkeiten ist mitten in ihren Beratungen, die nach einer Reihe von Sitzungen beantragt werden. Die gegenwärtige Geschäftsfrage gestaltet es dem Reichsminister Dr. Hermes zur Erledigung einiger dringender anderweitiger Aufgaben heute abend nach Berlin zu reisen. Es wird damit gerechnet, daß etwa Mitte Februar alle Kommissionen wieder tätig sein werden.

Zentrum und Einheitsstaat.

Eine nützliche Erinnerung.

In der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, der Verbandszeitung der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine, bespricht Landtagsabgeordneter Johann Bergmann, Mitglied der Zentrumsfraktion, die Frage „Zentrumsprogramm und Einheitsstaat“. Er bekennet sich im Gegenteil zu den Föderalisten in seiner Partei unter Führung des Reichskanzlers Dr. Marx zum Einheitsstaat und erinnert daran, daß das Zentrum durchaus nicht immer die föderalistische Linie eingehalten habe, die heute von gewissen Kreisen als unantastbarer Bestandteil des Zentrumsprogramms ausgegeben werde. Hätten schon die Vertreter des Zentrums im Weimarer Verfassungsausschuß den Gedanken des Einheitsstaates stets als Ziel vor Augen gehabt, so sei die Zentrumsfraktion der Preussischen Landesversammlung noch viel weiter gegangen, als die Verfassung des neuen preussischen Freistaates im Jahre 1919 in Angriff genommen werden mußte. In der Sitzung vom 17. Dezember wurde in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, der nach ausführlicher Begründung folgendes verlangte:

Aus diesen Erwägungen heraus ersucht die Landesversammlung die Staatsregierung, sofort und noch vor Einbringung der endgültigen Verfassung die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlungen einzutreten.

Die Zentrumsfraktion stimmte damals nicht nur für diesen Antrag, der Antrag war auch außer von den Führern der Sozialdemokraten und Demokraten von dem Fraktionsführer des Zentrums, Dr. Borsch, eingebracht worden, ja, der Beschluß ist, wie Bergmann mittelst, auf Anregung und unter maßgeblicher Mitwirkung der Zentrumsfraktion zustande gekommen.

Werdings, damals war der Württemberger Groeber noch Parteiführer des Zentrums, und die Seiten haben sich inzwischen geändert — nicht nur für Württemberg!

Der sterbende Bürgerblock.

Schulgesetz: Keine Einigung. — Liquidationsschadengesetz: Keine Einigung.

Bürgerblockbulletin von gestern:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt am Donnerstagabend eine Sitzung ab, in der in der hauptsächlich Verkehrsfragen besprochen wurden. Zur innenpolitischen Lage teilte der Vorsitzende Abg. Dr. Scholz mit, daß weder von der Fraktion, noch von den Vertretern der Fraktion im Bildungsausschuß irgendwelche Verhandlungen über den Reichsschulgesetzentwurf aufgenommen worden sind. Die Fraktion sieht keinen Anlaß, von ihrer bekannten Stellung in der Schultage abzugehen.

Im Reichsfinanzministerium fanden heute erneut interfraktionelle Verhandlungen der Regierungsparteien des Reichstags mit dem Reichsfinanzminister über die Frage des Liquidationsschadengesetzes statt. Wie wir hören, ist bisher eine Einigung der Parteien mit der Regierung nicht zustande gekommen.

Der Landbund in Rötten.

„Welche Partei wird sich zu uns bekennen?“

Noch keine acht Tage sind seit der großen Landbundparade in Berlin vergangen. Aber den Führern des Reichslandbundes ist schon jetzt angst um die Versprechungen, die sie den Bauern gemacht haben. Niemand will sich finden, der das sinnlos übersteigerte Landbundprogramm durchführen will. Der Reichsfinanzminister hat das Geld nicht. Der Reichsaussenminister lehnt die handelspolitischen Forderungen ab. Der Landbundesvertrauensmann Schiele ist blamiert. Die Deutschnationalen sind im Reich und sind in Preußen, wie die letzten Debatten zeigten, isoliert. So ist es kein Wunder, daß jetzt schon der Vorsitzende des pommerischen Landbundes in der Klagezeit ausbricht: „Welche Partei wird sich zu uns bekennen?“

Aber die Politik des Reichslandbundes und seiner deutsch-nationalen Schrittmacher steht Drohungen und schärfste Angriffe nach wie vor. Der Lagerort des pommerischen Führers ist nämlich nur Warnung an das Zentrum. Der preussische Zentrumsmann Steiger, selbst erfahrener Landwirt und wirklich besorgt um eine erfolgreiche Hilfe für die Bauern, muß weg. Das ist die Forderung des pommerischen Führers, das ist die Forderung der Deutschnationalen im Preussischen Landtag, das ist das Ziel der bei der Reichsregierung erstrebten Druckausübung auf Preußen. Und der neue Mann, der dem Landbund genähert wäre, scheint Dr. Hermes zu sein. Mit Steiger die Feindschaft des Landbundes gegen das Zentrum, mit Hermes Unterstützung des Zentrums durch den Landbund. So wird um das Zentrum heute vom Reichslandbund gebuhlt, und Herrn Hermes, der in Warschau verhandelt, wird über die Grenzen der Wind gegeben, nach teils Zugeständnisse, dann wirst du sicher was!

Aber der Reichslandbund versteht die Zeichen der Stunde nicht. Die Zeiten eines schwarzblauen Blocks sind vorbei. Das Zentrum kann sich nicht für den Reichslandbund entscheiden, denn es muß die Folgen des kleinsten solchen Schrittes mehr fürchten als je. Und der Reichslandbund versteht nicht einmal, Dr. Hermes Pösch richtig einzuschätzen.

Urteil im Schred-Prozess.

Schred: 5 Jahre — Koch: 1 Jahr 10 Monate Zuchthaus.

Leipzig, 2. Februar.

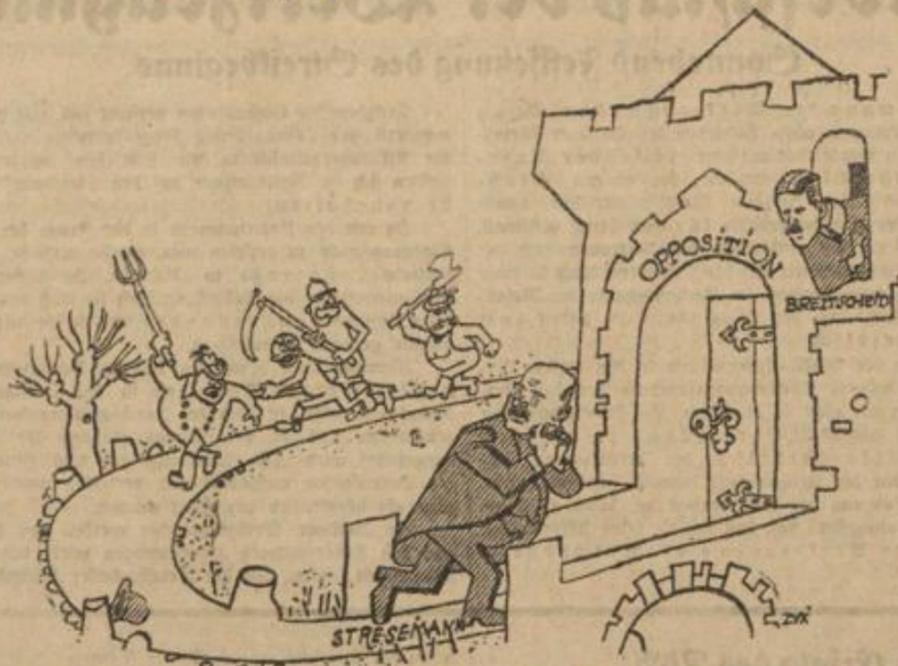
In dem Urkundenfälschungs- und Spionageprozess gegen Schred und Genossen vor dem Reichsgericht wurde heute nachmittags das Urteil verkündet.

Schred wurde wegen fortgesetzten Verbrechens der schweren Urkundenfälschung nach §§ 267, 268 des Strafgesetzbuches in Tateinheit mit einem Vergehen gegen § 6 des Spionagegesetzes zu fünf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrenrechtsverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Auf die Strafe wurde ein Jahr Untersuchungshaft angerechnet.

Koch wurde wegen versuchten Landesverrats und versuchten Verrats militärischer Geheimnisse in drei Fällen zu ein Jahr zehn Monaten Zuchthaus und 20 M. Geldstrafe verurteilt. Die Freiheitsstrafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt.

Schulz erhielt wegen jahrlässigen Weineids vier Monate fünfzehn Tage Gefängnis. Drei Wochen der Untersuchungshaft werden angerechnet.

Deutsche Außenpolitik.



„Ein armer bedrängter Reichsaussenminister bittet um Schutz vor seinen Koalitionsfreunden.“

Aufmarsch gegen Richterwillkür!

Reichsbannerkundgebungen gegen die Freilassung des Anstifters von Arensdorf.

Unter allen Republikanern machte sich die stärkste Entzündung geltend, als vor nunmehr 48 Stunden durch den „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, das Landgericht Frankfurt a. O. habe den Haftbefehl gegen den Hofbesitzer Schmeltzer aufgehoben, weil Fluchtverdacht nicht mehr vorläge. Schmeltzer ist der Vater des Mannes, der zwei brave Reichsbannerkameraden auf dem Gewissen hat, des Mannes, der, durch schwarzweißkroie Hintermänner aufgehetzt, leichtfertig zur Flucht griff, um zwei wertvolle Menschenleben auszulöschen, und das Schwurgericht Frankfurt a. O. hat erkannt, daß dieser Vater sich der Beihilfe schuldig gemacht hatte und deshalb zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt werden mußte. Noch nicht zwei Monate sind ins Land gegangen, und Schmeltzer ward freigelassen!

Es ist selbstverständlich, daß sich hierüber jeder ehrliche Republikaner, der die Justiz unseres Vaterlandes kennt, empörte. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold rief deshalb auf, in allen größeren Städten des Gaus Berlin-Brandenburg aufzumarschieren und gegen die Freilassung des Mannes zu protestieren, der seinen Sohn nach dem Erkenntnis des Frankfurter Gerichts zum Mörder an zwei wackeren Kameraden anstiftete. Ueberall in Brandenburg, in Berlin, Rottbus, Guben, Lützenwalde, Wittenwalde, Frankfurt a. O., Fürsteneulde und der Stadt Brandenburg trat deshalb das Reichsbanner zu Protestkundgebungen zusammen, die einen imposanten Verlauf nahmen.

Die Kundgebung in Berlin. Am Morgen erst hatten die Kameraden den Aufruf gelesen. Aber um 7 Uhr abends erschienen sie alle pünktlich auf ihren Sammelplätzen. Ziel: der Gendarmenmarkt. Aus sämtlichen Stadtbezirken marschieren die Kolonnen.

Aufmarsch.

148. Die Spitzenstaffeln erreichen das Ziel. Zug um Zug strömt nach, nimmt Aufstellung. 48 und der weite Platz ist dicht besetzt. Aus den Nebenstraßen klangvolles der Marschmusik. Der Platz ist gefüllt, aber die Zahl der zum Protest Herbeigesetzten noch nicht erschöpft. Neue Kolonnen, neue Jüge. Sie müssen in der Umgebung des Marktes Aufstellung nehmen.

Ansprachen.

Auf der großen Freitreppe des Staatstheaters die Fahnen und Banner. Vor der Treppe treten die Tambourkorps zusammen. Hunderte von Fackeln durch das Dunkel des Abends. Fackelschein trägt das Schwarzrotgold der wehenden Fahnen weit über den Markt. Ein kurzes Kommando: Das vereinigte Tambourkorps geht mit dem Reichsbannermarsch ein. Die Klänge dröhnen über den Platz. Berochen. Stille. Gausvorsitzender Kamerad Stellung nimmt das Wort, begrüßt die Laufende, die Empörung über ein Unrecht eint. Landtagsabgeordneter Kamerad Kuffner befragt die Empore:

Gerade er als Berichterstatter des Femeausschusses im Landtag habe Gelegenheit gehabt, die Gesinnungsfreunde Schmeltzers, die Böllischen Ahlemann und Lettenborn, in Freiheit dreifert vorgeführt zu sehen. Wenn an dem Benehmen dieser Leute mit eigenen Augen erkennen muß, auf welchem Niveau die Führer stehen, dann kann man sich über die Gefolgschaft wirklich nicht mehr wundern. Und dann verweist es einem auch nicht mehr in Erlaunen, daß Schmeltzer sen. nach der Bluttat von Arensdorf zum Ehrenmitglied der benachbarten völkischen Ortsgruppe ernannt wurde. Aber unsere heutige Kundgebung richtet sich nicht gegen die Partei, sondern gegen die Justiz!

Vor seiner Verurteilung war Schmeltzer nicht in Untersuchungshaft, trotzdem der Staatsanwalt in seinem Plädoyer 9 Jahre Zuchthaus gegen ihn beantragte. Nach der Verurteilung zu 1½ Jahren Zuchthaus Mitte Dezember des vorigen Jahres ist er jetzt, nachdem kaum sechs Wochen ins Land gegangen sind, entlassen worden.

Ich bin wirklich kein Freund der Untersuchungshaft, ich habe mitgewirkt, daß die sogenannte Ler Höhle zustande kam. Aber es ist empörend, daß ein vernünftiges republikanisches Gesetz wieder einmal einseitig nach rechts hin angewandt wird.

Die Freilassung des August Schmeltzer fällt gerade in die Zeit, in der von rechtsradikaler Seite ein Rummel um Schulz, Klaproth, Imhofer und Fuhrmann, die zum Tode verurteilten Fememörder, veranstaltet wird. Gewiß waren

die Fememörder keine Raubmörder, aber sie mordeten mit Hinterlist und bestialischer Grausamkeit. Diese Mörder sind deshalb moralisch auf die gleiche Stufe zu stellen wie die Mörder Bölliger. Trotzdem wollen wir nicht die Hinrichtung dieser entarteten Menschen, aber wir wollen, daß auch sie für ihre Schandtaten büßen. Sie gehören ins Zuchthaus, sie gehören eingesperrt, wir müssen vor ihnen gesichert sein. Es darf keine Amnestie, keine Straffreiheit für die Fememörder geben. Und erst recht nicht für Arensdorf! Das würde die Wirkung des Urteils erschüttern. Wir fordern eine Demokratisierung der Justiz, wir fordern Richter, die wirklich im Sinne des neuen Staates, im Geiste der sozialen Demokratie, empfinden.

Gegenüber den beiden lieben Kameraden, die an dem Trauertage von Arensdorf hingemordet wurden, haben wir die Pflicht, dafür zu sorgen, daß endlich aufgeräumt wird mit allen Haltetatsachen der Reaktion. Da heißt es vor allen Dingen, in der Justiz Remedur zu schaffen. Eine wahre Rechtspflege ist nur möglich im Geiste des Staatswesens, das diese Rechtspflege vertritt!

Wir fordern!

Die Versammelten ehren das Andenken der Opfer von Arensdorf mit entblühtem Haupt. Zurufe danken dem Kameraden Kuffner für seine allen aus dem Herzen gesprochenen Worte. Kamerad Stellung unterstreicht die Ausführungen des Redners und verliest eine Resolution, die gegen die Freilassung Schmeltzers protestiert:

„Die vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aufgerufenen Republikaner haben mit Erstaunen und Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß der wegen Beihilfe an dem Laitschlag an den Reichsbannerkameraden Karl Lieg und Richard Bollant zu 1½jähriger Zuchthausstrafe verurteilte Paul Schmeltzer aus der Haft entlassen wurde, da Fluchtverdacht angeblich nicht vorliegt.“

„Wie die Kreise, die hinter den Mordern von Arensdorf stehen und die erst jetzt wieder durch den Mund des Grafen Raikereuth auf der Landbundtagung in Berlin erneute Drohungen erhoben haben, werden diese Aufsehen erregende Freilassung, die der bisherigen Uebung der Gerichte widerspricht, als eine Ermunterung für ihre republikanischen Bestrebungen aufgefaßt.“

„Die Versammelten protestieren schärfstens gegen die unverständliche Freilassung und weisen auf die ungeheure Verantwortung hin, die im Falle einer Flucht Schmeltzers auf der deutschen Justiz lasten würde und erwarten Abhilfe von den zuständigen Instanzen, insbesondere aber, daß alles getan wird, um eine Flucht Schmeltzers zu verhindern.“

Auf Aufforderung des Kameraden Stellung bekräftigen die Versammelten einstimmig, daß sie dieser Resolution zustimmen. Mit dem Gesang des Bundesliedes schließt die Kundgebung.

In Potsdam hatten sich mit dem Reichsbanner zusammen 200 Teilnehmer zu der Protestversammlung gegen die Freilassung des Paul Schmeltzer aus Arensdorf auf dem Bassinplatz zusammengefunden. Genosse Oberstudienrat Dr. Müller schilderte eingehend als Teilnehmer die Vorgänge in Arensdorf und Frankfurt an der Oder und gab der Befürchtung Ausdruck, daß die gänzlich unmotivierte Freilassung des Haupthebers Schmeltzer zu weiteren Schandtaten ermutigen werde. In Potsdam habe gestern bei einer Stahlhelmversammlung ein Redner die bedingungslose Freilassung der Schulz und Klaproth gefordert. Die machtvolle Kundgebung, die Fanfarenmärsche umrahmten, schloß mit der Annahme einer Resolution, in der dem lebhaftesten Unwillen über die Freilassung Ausdruck gegeben und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die zuständigen Instanzen alles tun, um der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen.

Protestkundgebung in Frankfurt a. O.

Frankfurt a. O., 2. Februar. (Eigenbericht.)

Heute abend 7 Uhr fand eine von Tausenden besuchte Protestkundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auf dem Marktplatz statt, um gegen die Freilassung des Landanstifters Paul Schmeltzer-Arensdorf zu protestieren. Die Versammlung klang aus in ein kräftiges Bekenntnis zur Republik. Die Versammelten haben den festen Voratz, durch eifriges Werben dafür zu sorgen, daß in diesem Jahre durch die Wahl geachtete Körperlichkeiten zustande kommen, die solches Unrecht in Zukunft nicht mehr zulassen. Nach einem dreifachen Hoch auf die Republik fand ein gewaltiger Umzug durch einige Straßen Frankfurts statt, an dem sich eine riesige Menschenmenge beteiligte.

Streikbeschluss der Werkzeugmacher

Sonnabend Festsetzung des Streikbeginns.

Die Abstimmung der Werkzeugmacher, die am Mittwoch und Donnerstag in allen Betrieben der Berliner Metallindustrie vorgenommen wurde, hat mit erdrückender Mehrheit den Streikbeschluss ergeben. In einigen Großbetrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller haben 95 bis 98 Proz. der Werkzeugmacher für den Streik gestimmt. Ueber den Streikbeginn entscheiden die Vertrauensleute der Werkzeugmacher im Einvernehmen mit der Ortsverwaltung in einer Konferenz, die am Sonnabend abend im Verbandshaus der Metallarbeiter stattfindet. Nach Lage der Dinge scheint der Streik zum Montag unvermeidlich.

Nach der Haltung der B.M.I.-Unternehmer in den letzten Verhandlungen war ein anderes Abstimmungsergebnis von den Berliner Werkzeugmachern gar nicht zu erwarten. Die Werkzeugmacher haben die Forderung aufgestellt, ihre Löhne zu erhöhen und die unhaltbare Akkordarbeit in den Betrieben zu beseitigen. Sie wollen die Akkordarbeit deshalb beseitigt haben, weil sich seit der Einführung der Akkordarbeit im Jahre 1920 bis heute immer mehr herausgestellt hat, daß sich die reine Akkordarbeit bei komplizierten Werkzeugen einfach nicht durchführen läßt.

Trotzdem die Organisation versucht hat, mit den B.M.I.-Unternehmern eine Lösung dieser Frage herbeizuführen, und Prüfungen der Akkordverhältnisse in den Betrieben vorgenommen wurden, stellten sich die Unternehmer auf den Standpunkt, die Akkordarbeit beizubehalten.

Da mit den Unternehmern in der Frage der Akkordarbeit eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde versucht, die ebenfalls unstrittige Lohnfrage zu erledigen. In dieser Frage vertreten die Unternehmer die Auffassung, daß sie trotz des bestehenden tariflosen Zustandes außerstande seien, die Verdienste der Werkzeugmacher generell aufzubessern.

Niemand kann behaupten, daß die Verdienste für diese hochqualifizierten Arbeiter in der Berliner Metallindustrie ausreichend seien, ist doch der Durchschnittsverdienst für alle Werkzeugmacher 1,26 M. pro Stunde, trotzdem die Arbeit im Akkord ausgeführt wird. Die Forderung auf 1,50 Stundenlohn, die von der Organisation aufgestellt und vertreten worden ist, kann sicher nicht als übertrieben bezeichnet werden.

Die Berliner Werkzeugmacher werden den Kampf, der ihnen von den Unternehmern aufzuerzogen wird, mit der gleichen Geschlossenheit führen, wie die Metallarbeiter Mitteldeutschlands.

fammelten, in musterwürdiger Disziplin einig und geschlossen mit unerschütterlichem Vertrauen in ihrer Zeitung im Kampf bis zum siegreichen Ende auszuharren."

Um die Arbeitszeit in der Textilindustrie.

Der von den Arbeitnehmern geforderte Manteltarifvertrag für die nordostdeutsche Textilindustrie ist seit Monaten abgelaufen. Das für den Bezirk Berlin-Rotawes gültige Arbeitszeitabkommen war von den Arbeitern ebenfalls gekündigt worden, und zwar zum 31. Januar. Die Unternehmer lassen sich mit Verhandlungen Zeit, nur die Arbeitszeitfrage erscheint ihnen dringend. Sie haben deshalb vor kurzem, ohne Parteiverhandlungen abzuwarten, den Schlichtungsausschuss angerufen, obwohl sich die Arbeiter zu Verhandlungen bereit erklärt hatten.

Bei den Schlichtungsverhandlungen beantragten die Unternehmer, das alte Arbeitszeitabkommen mit der Veränderung zu verlängern, daß auf Anordnung der Unternehmer die Wochenarbeitszeit auf 53 Stunden ausgedehnt werden könne. Bisher konnten die Unternehmer bis 51 Stunden arbeiten.

Die Parteien einigten sich schließlich vorläufig auf den Vorschlag des Vorsitzenden, wonach die Geltungsdauer der bisherigen Arbeitszeitbestimmungen bis 31. März verlängert wird. Ueber die Gruppenentlohnung, den Manteltarifvertrag und das Arbeitszeitabkommen haben die Parteien in der Zwischenzeit zu verhandeln. Kommt bis zum 10. März eine Einigung nicht zustande, dann wird der Schlichtungsausschuss sofort einen neuen Termin ansetzen und einen Spruch fällen.

Schiedspruch für die Färbereien und chemischen Waschanstalten.

Für die Färbereien und chemischen Waschanstalten Berlins wurde ein Schiedspruch gefällt. Die Arbeitnehmer hatten die seit dem 7. März vergangenen Jahres gültigen Lohnbestimmungen gekündigt. Die Unternehmer riefen den Schlichtungsausschuss an, lehnten es aber ab, irgendeinen Vorschlag zu machen. Nach dem Schiedspruch ist ab laufender Lohnwoche eine Lohnhöhung pro Stunde für gelernte Arbeiter von 6 Pf., für Ungelernte und Arbeiterinnen von 2 bis 8 Pf. vorgesehen. Der Schiedspruch soll bis zum 31. Januar 1929 laufen. Die Erläuterungsfrist geht bis zum 6. Februar. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Arbeiter den Schiedspruch ablehnen.

Teils Gewerkschaften Groß-Berlin. Heute, Freitag, 18½ Uhr, tagen die Gruppen: Weidling; Gruppenheim Stadtdamm Weidling, Gerichtstr. 6-10. Heimbesprechung, ein großer Tag - Reichsfeier, Verbandlicher und Betriebsrat mitbringen. - **Reppelplatz:** Jugendheim, Zecher, Sde Straße, Heimbesprechung. Ein Bild in die Wiener Arbeiterbewegung. Die Leiter aus der Zeit der Reichsfeier, Verbandshaus, - **Grünau:** Jugendheim, Sanderstr. 11, Sde. Heimbefragung, Heimbesprechung und Plakat: "Unserer Arbeitslosenvermittlung". Heimbesprechung und Verbandlicher mit Kontrolle mitbringen. - **Mitteberg:** Jugendheim, Schumannstr. 2. Um 10 Uhr Heimbesprechung, Verbandlicher und Betriebsrat mitbringen. - **Karlshagen:** Jugendheim, Oberwallstr. 10. "Jugendpsychologie". - **Grünau:** Jugendheim, Sanderstr. 11. Freitag, 18 Uhr, Schulungstag der Gruppenleiter in der Berliner Gewerkschaftslehre, Engelstr. 2-3, 2. Obergehohe.

Jugendgruppe des B.M.I. Bezirk Südost: Jugendheim, Sde. Wallstr. 10. Heimbesprechung und Aufstellung des Arbeitsprogramms. - **Bezirk Mitte:** Jugendheim, Sde. Wallstr. 10. Heimbesprechung und Aufstellung des Arbeitsprogramms. - **Bezirk West:** Jugendheim, Sde. Wallstr. 10. Heimbesprechung und Aufstellung des Arbeitsprogramms.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geber; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftslehre: Dr. G. Glöckner; Reichsfeier: R. A. Wöhrer; Colaris und Sonstiges: Rik. Karst; Anzeigen: Ch. Glöckner; Geschäft in Berlin: Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermanns-Verlag, Berlin; und Verlagsanstalt Carl Sauer & Co., Berlin, SW 68, Lindenstraße 2. **Hierzu 2 Beilagen: "Unterhaltung und Wissen" und "Sichtbeilage".**

Ein Erfolg des B.M.I.

Gehaltsneuregelung für die städtischen Angestellten.

Am 31. Januar fand eine vom Gesamtbetriebsrat des Magistrats einberufene, von mehr als 2000 Personen besuchte Versammlung der Angestellten der Stadt Berlin und der Arbeitsämter in den Sophienböden statt.

Genosse J. J. J. vom Zentralverband der Angestellten berichtete in seinem zweistündigen Referat ausführlich über die seit dem 13. Januar geführten Verhandlungen. Nachdem die städtische Befehlsordnung für die Beamten mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 in Kraft getreten ist, mußten in Anwendung der Bestimmungen des A. F. B. die gleichen Gruppen für die Angestellten neu vereinbart werden. Im Gegensatz zu der Gehaltsregelung im Reich und Staat hat die Organisation den Neuaufbau des Gruppenplans einforachend der erhöhten Zahl der Befoldungsgruppen gefordert. Statt der bisherigen 10 Befoldungsgruppen bestehen nunmehr 14. In nichtigen Verhandlungen mit dem Tarifvertragsamt ist die Neuformulierung der Tätigkeitsmerkmale in den einzelnen Gruppen vorgenommen worden. Nicht alle Forderungen konnten verwirklicht werden, da die Befehlsordnung in vielen Fällen hemmend wirkte. In mehr als 125 Einzelpositionen sind von die 14 Befoldungsgruppen geledert. Bei der endgültigen Einteilung hat die Angestelltenvertretung mitgewirkt. Bei Nichteinigung kann das Nachprüfungsverfahren durch die Organisation eingeleitet werden. Da nur die Organisation den Nachprüfungsausschuss anrufen kann, ist es unorganisierten unmöglich gemacht, gegen ihre einseitige falsche Eingruppierung etwas zu unternehmen.

Die Versammlung stimmte dem Verhandlungsergebnis zu, brochen aber zum Ausdruck, daß Änderungen zugunsten der Kollegen nicht mehr vorgenommen werden dürfen und daß erwartet wird, daß der Magistrat dem Verhandlungsergebnis zustimmt.

damit der Tarifvertrag im Monat Februar abgeschlossen und durchgeführt werden kann.

J. J. J. wies zum Schluss noch darauf hin, daß wiederum unter Führung des Zentralverbandes der Angestellten für die städtischen Angestellten Verbesserungen erreicht worden seien, daß nach wie vor für jeden Funktionär die Pflicht bestehe, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die gesamte Angestelltenchaft des Berliner Magistrats freigewerkschaftlich im Zentralverband der Angestellten organisiert ist.

Geschlossenheit der Metallarbeiter.

Gegen Unternehmer und kommunistische Eingriffe.

Magdeburg, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Die im Ausstand befindlichen Magdeburger Metallarbeiter nahmen am Donnerstag mit 2000 gegen 6 Stimmen folgende Entschlieung an:

Die am 2. Februar im Kristallpalast versammelten 3000 ausgesperrten Metallarbeiter begrüßen die richtigen Maßnahmen der Ortsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vor dem Kampfe und während des Kampfes. Ebenso wie die Funktionäre des Bezirks und der Verwaltung weisen die ausgesperrten die unbefugte Einmischung der K.P.D. und ihrer Presse in die Führung des Kampfes auf das entschiedenste zurück. Mit gleicher Entschlossenheit verurteilen die Metallarbeiter die Anträge der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, die die Lage der Kämpfenden nicht verbessern, sondern nur dem ungeheuren Agitationsbedarf der K.P.D. dienen. Bestärkt durch die von den Unternehmern vorgenommenen Ausperrungen geloben die Ber-

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise soweit Vorrat; Fleisch, Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Grüne Heringe 5 Pfund 48 Stral. 58 Pf.

Bratschollen reuhe, Pfd. 24 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfd. 24, 34 Pf.
Goldbarsche ohne Kopf, ganze Fische, Pfd. 28, 34 Pf.
Fettbücklinge . Pfd. 20 Pf.
Bücklinge Kieler, Pfd. 38 Pf.
Sprotten Klasse 38 Pf.
Fleckerlinge ger., Pfd. 40 Pf.
Dorsche geräuchert, Pfd. 40 Pf.
Flundern . . . Pfd. 42, 65 Pf.

Limburger halbfett Pfund 40 vollfett 88 Pf.

Holländer halbfett, Pfd. 78 Pf.
Edamer halbfett, Pfd. 78 Pf.
Steppenkäse halbf., Pfd. 75 Pf.
Schweizer Pfd. 95 Pf.
Tilsiter vollfett, Pfd. 95 Pf. 1,15
Tilsiter ohne Rinde, vollfett 1,30
Schweizer finnischer, vollfett . . . Pfd. 1,45

Hannov. Rotwurst Pfund 90 Pf.

Mettwurst bann., gekocht 1,25
Zervelat u. Salami hannoversche, Pfd. 1,90
Landleberwurst Pfund 1,15
Dampfwurst . . . Pfund 1,15
Speck fett, Pfd. 1,10 mager 1,20
Jagdwurst Pfund 1,30
Mettwurst braunschweig. Art, Pfund 1,30
Filetwurst Pfund 1,45
Schinkenpolische Pfd. 1,45
Schinkenspeck Pfund 1,55
Zervelat u. Salami holsteinsche, Pfd. 1,65
Nußschinken ca. 2 Pfund, 1,75
Kühlschinken, Kaiserlicher Schinken, Karlsruher
Leberwurst feine, Pfd. 1,50
Bierwurst Pfund 1,50
Hildesheimer . . . Pfund 1,60
Teewurst Pfund 1,60

Kalif. Aepfel Pfd. 48 Kiste ca. 45 Pfd. brutto 17 25

Eßäpfel 3 Pfund 25 Pf.
Amoretten-Birnen Pfd. 14 Pf.
Musäpfel große, Pfd. 15 Pf.
Tafeläpfel . . . Pfd. 18, 24 Pf.
Zitronen Duzend 28 Pf. 38 Pf.
Apfelsinen Bz. 55, 75, 95 Pf.
Apfelsinen, spanische Klasse 100 Stück 7,50
Blutorangen Duz. 70, 90 Pf.
Weißkohl dünnsch., Pfd. 6 Pf.
Wirsingkohl holl., Pfd. 12 Pf.
Rotkohl holländisch, Pfd. 20 Pf.
Möhren gewasch., 2 Pfd. 15 Pf.

Molkerei-Butter Pfund 1 26

Tafelbutter . . . Pfund 1,86
Dänische Butter Pfund 1,98
Margarine Pfund 50, 58 Pf.
Kokosfett 1-Pfund-Tafel 55 Pf.

Brech- u. Schmittbohne. 1/2 Dos. 56 Pf.

Junger Spinat 46 Pf.
Kohlrabi 48 Pf.
Karotten ganze 58 Pf. geschälten 38 Pf.
Pfefferlinge I 95 Pf.
Junge Erbsen 76 Pf.
Junge Erbsen fein . . . 1,25
Leipziger Allerlei . . . 92 Pf.
Spargelköpfe grün . . . 2,55
Br.-Spargel extra stark 3,10
St.-Spargel 80-60 Stanz. 2,60
(Riesen) 1/2 Dose 1,80 3,40
Champignons I 1/2 58 Pf. 1/4 1 M 1/2 1,80 3,40
Pfelemus I 65 Pf.
Pflaumen 65 Pf.
Ananas Hawaii, 8 Scheiben 1,20
Mirabellen 1/2 D. 68 Pf. 1,25
Erdbeeren 1/2 Dose 82 Pf. 1,55
Birken (Williams Christ) 1/2 82 Pf. 1,55
Melangfrüchte . . . 1,40
Franz. Oelsardinen 1/2 Dose hoch 1,20

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas

Wein

Besonders empfehlenswerte, satte Naturgewächse des berühmten 1921er Jahrganges:

1921 Gundersheimer Berg rheinischer Rotwein 1,30
1921 Wiltinger reifer Saarwein
1921 Mettenheimer Michelsberg Wachstam Mühl, rheinischer Qualitätsrotwein 1,60
1921 Chät. Cambon kräftiger Bordeaux
1921 Lieserer Schloßberg Wachstam Kriebs, pikanter Mosel 2 M
1921 Chät. La Lagune-Gouny feiner Bordeaux
1921 Brauneberger Riesling pikant und blumig 2,25

1921 Dürkheimer Hochbenn (Kelterung Hoch) bukettreich, Pfd. per Kellerei M. P. Richter schwerer Dinermos. 2,75
1921 Graacher Himmelreich

Oberhaardter süßiger Tisch- u. Bowlenwein 1,20
Fruchtschaumwein mit Steuer und Flasche 1,30
Spezial-Cuvée Trauensack, Flaschengr. mit Steuer und Flasche 4 M

Wein u. Spirituosen vom Faß zu Extrapreisen

Frisches Fleisch

Kalbskamm Brust u. Rücken Pfund 74 Pf.
Kalbskeule ganz u. gefüllt . . . Pfund 90 Pf.
Querrippe Pfund 70 Pf.
Rinderkamm u. Brust Pfund 85 Pf.
Schmorfleisch und Kalbsfleisch mit Knochen . . . Pfund 90 Pf.
Hammelvorderfleisch Pfund 88 Pf.
Schweinebauch und Rücken, mit Blauge Pfund 80 Pf.
Schweinekamm u. Blatt, mit Blauge Pfund 85 Pf.
Käbler, Speer u. Kamm Pfund 98 Pf.
Lieser Pfd. 65 Pf. Gehacktes Pfd. 70 Pf.

Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm u. Brust Pfund 56 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen . . Pfund 70 Pf.
Hammelfleisch Dicke Rippe u. Brust Pfund 70 Pf.
Hammelfleisch Pfund 75 Pf.
Kuheuter Pfund 25 Pf. Herzen 45 Pf.

Wild u. Geflügel

Hirschfleisch Pfund 30 Pf.
Hirschblätter Pfund 75 Pf.
Gänse getrocknet . . . Pfund 58, 70, 80 Pf.
Schneehühner Stück 1,13
Ungar. Masthühner . . . Pfund 1,13 an
Gänsepökelfleisch Brust u. Keulenstücke . . . Pfund 95 Pf.

Bruch-Reis Pfund 19 Pf.

Linsen Pfund 20 Pf.
Weiße Bohnen Pfund 20 Pf.
Koch-Erbsen klein, Pfd. 26 Pf.
Gelbe Erbsen pol., Pfd. 33 Pf.
Viktoria-Erbsen Pfund 35 Pf.
Haferflocken . . . Pfund 25 Pf.
Weizengrieß . . . Pfund 25 Pf.
Hartigrieß Pfund 23 Pf.

Milchkaramellen 1/2 Pf. 25 Pf. 1/2 Pf. 45 Pf.

Sandgebäck Pfd. 25 Pf. Dessort-Brezeln Pfd. 38 Pf.
Haseinuß-Schokolade 2 Tafeln à 100 Gramm 75 Pf.

Zigarren

Neues Wirken Sumatra mit Java-Brasil, Kiste 50 Stück 4,75, Stück 10 Pf.
Weltbekannt Sumatra, leicht u. angenehm, Kiste 50 Stück 5,75, Stück 12 Pf.
Solventa unsortiert, sehr preiswert, Kiste 50 Stück 7,75, Stück 15 Pf.
Gladiator mit Ring feine Sumatra - Havanna, Kiste 50 Stück 9,50, Stück 20 Pf.

Rotti Krone

Böfkkorn gekörnte Fleischbrühe
Dose 60 Gramm 65 Pf. Dose 125 Gramm 1,20
1/4 Pfd.-Dose 2,25 1 Pfd.-Dose 4,20 2 Pfd.-Dose 7,80

Saucen

Braten, Tomaten, Pilz, Gulasch, Sardellen, Kepern, Maocira
Würfel 12 Pf.
Echte Fleischbrüh-Würfel
Dose 10 Stück 40 Pf. 25 Stück 1 M
30 Stück 2 M 100 Stück 3 75

Delikateß-Suppen

Königin m. Kalbfleisch, Erbsen m. Pökelschmalz, Geflügel, Wildpret, Ochsenfleisch, Stierfleisch
2 Teller 16 Pf.
Würze
8 Größen von
35 Pf. 6 M

Die Sozialdemokratie zum Stadthaushalt.

Schachts Anleihenpolitik untergräbt die Kommunalwirtschaft.

Die allgemeine Debatte über den Stadthaushalt. Am 1. Februar 1928, den der Magistrat den Stadtverordneten vorgelegt hat, brachte gestern (gestern) in ihrem Beginn eine Abrechnung der Sozialdemokratie mit den Schädigern Berlins. Für die sozialdemokratische Fraktion, die als größte Fraktion des Rathauses an erster Stelle zu Worte kam, besuchte Herr Dr. Lohmann die Schacht'sche Anleihenpolitik und ihre Wirkungen auf die Finanzen der Stadt Berlin. Er kennzeichnete auch die verantwortungslos demagogische Politik der Deutschnationalen und die ihnen von den Kommunisten geleisteten Helferdienste. Wie sehr die Kommunalpolitik der Sozialdemokratie dem Wohl der Bevölkerung diene, dafür ist ein Beispiel die vor kurzem durchgeführte Zusammenfassung des Verkehrswezens, die der Stadt die Möglichkeit des Ausbaus der Schnellbahnen geben wird. Demmer mehr wird in der Bevölkerung erkannt, daß wir mit unserer Arbeit im Rathause auf dem rechten Wege sind. Nach Lohmann sprachen die Redner der Deutschnationalen und der Kommunisten. Die Redner der kleineren Fraktionen werden in der Freitagssitzung zu Worte kommen.

einstufigen Vorortsgemeinden den Beweis dafür ständig vor Augen hat. Die sprunghafte Entwicklung Berlins stellt die Werte vor ganz gewaltigen Aufgaben. Sie sind ohne Anleihen nicht zu lösen. Oder man muß den Mut haben, zu fordern, daß die jetzt errichteten Neubauten ohne Wasser- und Elektrizitätsanschlüsse hergestellt werden. Das ist der letzte Schluß aus der deutschnationalen Weisheit. Nicht in der Konkurrenz, sondern in der Konzentration der Kräfte liegen die Wurzeln der Wirtschaftlichkeit auch bei kommunalen Betrieben. Es scheint, daß der Bausitzer aus der Erfahrung schwerer lernt als der Wirtschaftler. Sonst wäre schon eine viel weitergehende Konzentration durchgeführt. Wir haben z. B. in Berlin neben neun rein städtischen Siedlungsgesellschaften noch etliche hundert privater, sogenannter „gemeinnütziger“ Gesellschaften — wobei man den Nachdruck ebenso sehr auf „gemein“ wie auf „nützlich“ legen darf (Schachts sehr richtig), jede mit eigener Verwaltung, eigenen Angestellten, eigenem Programm. Wir erneuern unsere alte Forderung der Verschmelzung dieser Gesellschaften und eines einheitlichen Bauprogramms. Freilich ist es mit dem Bau von etlichen tausend Wohnungen nicht getan, sondern

die Mieten in diesen Neubauten muß auch für die breiten Massen der wohnungslosen Bevölkerung erträglich sein.

Weil das bei dem 8000-Wohnungs-Projekt nicht der Fall war, deshalb haben wir es abgelehnt. Die Neubauten des Jahres 1928 würden mit der Hausinschuldhypothek Mieten von 60 M. für die 1 1/2-Zimmer-Wohnung, 75 M. für die 2-Zimmer-Wohnung erfordern. Diese Mieten sind für die minderbemittelte Bevölkerung schlichterdingens nicht zu ertragen. Deshalb brauchen wir Zuschusspotheken, die nur aus Anleihen beschafft werden können. Wir haben 165 000 wohnungslose Familien in Berlin. Die normale Neubautätigkeit reicht kaum aus, um den jährlichen Zugang von über 20 000 Familien zu decken. Deshalb sind wir schon vor Jahresfrist für ein Zuschussprogramm eingetreten. Aber alle diese Programme sind zwecklos, solange sich die Beratungsstelle weigert, die Genehmigung für eine Wohnungsbauleihe zu erteilen. Denn ohne Anleihe ist kein städtisches und kein privates Projekt durchzuführen — auch das 8000-Wohnungs-Projekt hätte aus diesem Grunde bis heute nicht durchgeführt werden können.

Auch in dieser Frage hat die Regie der Bürgerblock-Regierung wieder einmal nicht geklappt. Zwei Maßnahmen gingen gleichzeitig durch die Presse: „Der Reichswirtschaftsminister hält Wohnungsbauleihen für unerlässlich.“ „Der Reichshauptpräsident geht auf Urlaub“, d. h. also: die Anleiheanträge bleiben weiterhin unerledigt. Die Anleihe für die Werte ist ebenso dringlich wie die Wohnungsbauleihe. Berlin muß jetzt alles verfügbare Geld auf die Werte- und Neubauten konzentrieren. Andere wichtige Bauten bleiben dabei liegen. Kurzfristige Kredite müssen aufgenommen werden. Herr Dr. Schacht soll sich doch nicht einbilden, daß er mit seiner Politik den kommunalen Betrieben den Lebenssaft verjagen könnte. Die städtischen und die gemeinwirtschaftlichen Betriebe werden doch nicht ruhmlos, wenn keine Reichsbaupräsidentenschaft samt der Bürgerblock-Regierung, die die politische Verantwortung für seine Maßnahmen zu tragen hat, eine belanglose Episode gemessen sein werden. (Sehr wahr!)

Die Grundstückspolitik der Stadt findet unsere volle Billigung.

Solange Grund und Boden Objekt einer schrankenlosen privatkapitalistischen Spekulation sind, kann eine Stadtgemeinde gar nicht Terrain genug in ihrer Hand vereinigen. Die Politik der Grundstücksdezernenten haben wir freilich oft genug kritisiert. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ihn nun seine eigene Partei aus grundsätzlicher Gegnerchaft gegen seine Politik ausgegeschlossen hat. Angehlich ist Herr Stadtrat Buch auch der persönlichen Anteilnahme an den städtischen Grundstückskäufen von

feinen Parteifreunden bezichtigt worden. Die Sozialdemokratie nimmt diesen Vorgang zum Anlaß, um die Stadtverordnetenversammlung Berlins vor der Verquickung persönlicher, geschäftlicher und politischer Interessen auf das dringendste zu warnen. Das Vertrauen in die politische Ehrlichkeit ist das Fundament eines jeden Parlaments.

Sie im Rathause aber sitzen Stadtverordnete in Deputationen und Ausschüssen, deren Beschlüsse über ihre eigenen geschäftlichen Interessen entscheiden.

Wir richten gerade an diejenigen Rechtsparteien, deren Presse so freitbar für die Reinheit des politischen Lebens eintritt, die dringende Mahnung, mit diesen untragbaren Verbindungen ihrer eigenen Stadtverordneten Schluß zu machen und zwar lieber heute als morgen! (Lebhafte Beifall.) Wir begrüßen die verstärkte Initiative des Magistrats im letzten Jahre, die auf die verstärkte Zahl sozialdemokratischer Stadträte zurückzuführen sein dürfte. Für eine Veränderung des Gesetzes Groß-Berlins halten wir weder verwaltungstechnisch noch politisch schon jetzt die Zeit für gekommen.

Die Abstriche auf dem Gebiete des Schul- und Gesundheitswesens sind für uns ganz unhaltbar.

Es gibt keine bessere Investition von Kapital als die für die Jugend, für die Gesundheit der Bevölkerung. Wir sehen in der Sorge für unsere Jugend, für die Gesundheit, für die Wohlfahrt der Bevölkerung ausschließlich Aufgaben der Allgemeinheit der Stadt. Die privaten Einrichtungen müssen allmählich durch städtische Einrichtungen abgelöst werden.

So wird sich die Sozialdemokratie auch bei vorläufiger Abmägung des Notwendigen gegenüber dem Möglichen — sicherlich bei den Ausschussberatungen noch erhöhen. Berlin bringt augenblicklich 94 Millionen Mark Steuern selbst auf, um die Steuerjorgen anderer Kommunen zu erleichtern. Es bleibt abzuwarten, ob

die großstadtfeindlichen Tendenzen der bürgerlichen Parteien im Reichstag und Landtag

der Stadt Berlin diesen ihren Steuerbetrag auch weiterhin vorhalten werden. Sollte das der Fall sein, so wäre die Stadt zu einer ganz ungewöhnlichen Erhöhung ihrer Gewerbesteuer gezwungen. Die Sozialdemokratie würde in der Notlage diesen Weg gehen, abgesehen davon, daß diese Steuer, die zunächst eine Steuer auf Besitz und Produktion ist, schließlich zu einer Steuer auf den Konsum wird. Höhere Abgaben der Werte, Erhöhung der Wertstoffe stehen für uns außerhalb des Rahmens jeder Diskussion.

Kommunisten und Deutschnationale verweigern der Stadt die Mittel für die notwendigen Ausgaben

aus Angst vor der mangelnden Einsicht ihrer Wählerschaft.

Die sozialdemokratische Politik baut sich im schroffsten Gegensatz dazu auf dem unbeschränkten Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Einsicht der Wählerschaft auf. Wir haben den Beweis dafür, daß diese Politik verstanden wird. Was der Intelligenz Reichensberg-Streit recht ist, dürfte der Intelligenz Berlins billig sein.

Darum wird die Sozialdemokratie ihre bisherige Politik im Rathause fortführen — als Treuhänderin der Bedürfnisse einer stetig wachsenden Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Berlins! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Redner wurde von dem gutbelegten Hause in voller Aufmerksamkeit und mit steigendem Interesse angehört. Bei dem nächsten Redner, dem Deutschnationalen Bleeker-Kahlsohl, fernte sich das Haus zusehends. Er brachte es fertig, Untergrundbahnbauten als nicht verbundene Anlagen zu bezeichnen, für die keine Anleihen erhältlich seien. Den Straßenbau wollen die Deutschnationalen auch fördern, die Reichsstromwagensteuer sei ungerührt beibehalten. Den Wohnungsbau können weder die kommende Dauerbauausstellung noch besondere Anleihen fördern. Ebenfalls werde die Arbeitslosigkeit damit bekämpft (1), jagte Bleeker-Kahlsohl. Ohne Heranziehung des privaten Baumarktes sei jedenfalls die Frage nicht zu lösen. Die Angriffe unseres Genossen Lohmann gegen die Verquickung von Mandat und Geschäft veranlaßten den Redner auf die Geschäftsführung der (nur gemeinsinnig arbeitenden) Gemeinnützigen Heim-

Nach der Erledigung der Tagesordnungspunkte, über die am Schluß berichtet wird, sprach

Gen. Lohmann zum Etat:

Vor uns liegt der durchsichtige, aber zugleich auch der engste Etat, den die Stadt Berlin seit dem Kriege aufgestellt hat. Jeder, der guten Willens ist, muß seine Sprache verstehen. Wer die Entwicklung Berlins in den letzten Jahren mit wachen Sinnen durchleht hat, weiß, daß ähnliche Aufgaben noch niemals einer Millionenstadt in so kurzer Zeitspanne gestellt worden sind. Es gilt, zehnjährige Verjüngnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit im aller kürzesten Tempo nachzuholen. Die deutschnationalen Schlagworte von „Projektmacherei“ und „Uferlosigkeit“ sind billig wie Brombeeren.

Der Ausbau des Verkehrs nach einem einheitlichen Programm ist ein Gebot der Notwendigkeit.

Wir danken es dem sozialdemokratischen Verkehrsdezernenten, daß er die Frage des Einheitsstarifes so energisch gefördert hat. Selbst die Kommunisten müssen heute einsehen, daß der von ihnen bekämpfte Plan einen bedeutenden Fortschritt darstellt. Der Bau der Bahn Gesundbrunnen-Neukölln und der Bau der Bismarck-Untergrundbahnstraße wären ohne die Vereinheitlichung nicht möglich gewesen. Gerade die arbeitende Bevölkerung wird den Hauptvorteil von diesen Strecken haben, daher empfehlen wir der deutschnationalen Fraktion, ihren Kampf gegen diese Strecken bei den kommenden Wählerkonzertationen im Osten und Norden Berlins möglichst energisch fortzusetzen. Der Ausbau der Außenbezirke an die jetzigen Schnellbahnen, die Einbeziehung des Bahnhofs in das Hochbahnnetz, die Einführung des Umsteigebahns bei den noch isolierten Omnibusstrecken in den äußeren Vororten sind unsere nächsten Forderungen.

Die Abstriche im Etat sind vor allem auf dem Gebiete des Straßenbaus ganz unzulässig. Hier sind nicht weniger als 82 Straßen von den Anforderungen der Verwaltung getrennt. Der Zustand unserer Straßen ist so erbarmungswürdig, die Arbeitslosigkeit in Berlin noch immer so groß, daß hier unbedingt eine Erhöhung eintreten muß. (Sehr richtig bei den Soz.) Als entscheidende Borkämpfer des Gedankens kommunaler Monopolbetriebe freuen wir uns über die

Restabilität unserer städtischen Werke, freuen wir uns, daß die Bevölkerung durch den Vergleich der städtischen Tarife mit den Tarifen privater Werke in den

einen kurzen Augenblick zu überdenken. Dann lächelte sie schwach.

„Wir müssen euch irgendwohin bringen, wo wir über alle diese Dingen sprechen können.“ sagte sie. „Wahrhaftig, Ihr kommt aus einer anderen, felsamen Welt. Unsere Befehle müssen mit euch zusammenkommen und Gedanken austauschen.“

Um halb elf am gleichen Morgen war Mr. Barnstaple mit seinem Auto die Hauptstraße durch Slough entlanggefahren und jetzt um halb zwei flog er durch Wunderrand und hatte seine eigene Welt schon halb vergessen.

„Herrlich“ wiederholte er immerfort, „herrlich! Ich mußte ja, daß ich angenehme Ferien haben würde, aber dies, dies —!“

Er war außerordentlich froh, erfüllt von einer klaren, unbewölkten Heiterkeit, wie man sie in einem lückenlosen Traum erlebt. Niemals hatte er früher die Freuden eines Entdeckers von Neuland gekostet und nie zuvor hatte er gehofft, diese Freuden je kennen zu lernen.

Erst vor einigen Wochen hatte er einen Artikel für den „Liberal“ geschrieben, worin er das „Ende des Zeitalters der Entdeckungen“ beklagte, einen Artikel, so völlig und sinnlos deprimierend, daß er Mr. Beeve ganz besonders gefallen hatte. Barnstaple erinnerte sich an diese Heldentat nur mit den wehmütigsten Bewußtseinsbissen.

Das Häuflein Erdlinge war auf vier kleine Flugzeuge verteilt worden, und als Mr. Barnstaple mit seinem Gefährten, Vater Amerton, in die Luft aufstieg, bläute er zurück und sah, wie die Autos und das Gepäck mit erstaunlicher Leichtigkeit auf zwei leicht gebaute Borden verladen wurden. Jede Bore streckte ein Paar glühende Arme aus und hob ihr Auto hoch, wie eine Amme ein Baby. Nach zeitgemäßen irdischen Sicherheitsbegriffen flog Mr. Barnstaples Flieger sehr niedrig. Es gab Augenblicke, da er eher zwischen den Bäumen als über ihnen dahinsflog und, wenn dies auch zuerst etwas beunruhigend war, so gestattete es doch, die Landschaft genau zu betrachten. Im ersten Teil der Reise sah man gartenähnliches Weideland mit grasendem, auserlesenen Vieh und Flecken mit prächtig gefärbter Vegetation, deren Art Mr. Barnstaple nicht kannte. Durch diese Kulturen zogen sich schmale Wegspuren, die Fuß- oder Radspuren sein konnten. Hier und dort verlief eine von Blumen besäumte und von Obstbäumen beschattete Straße.

Es gab wenig Häuser und gar keine Städte oder Dörfer. Die Größe der Häuser wechselte sehr stark, von kleinen einzelstehenden Bauten, die Mr. Barnstaple für vornehme Sommer-

pillen oder kleine Tempel hielt, bis zu Gruppen von Dächern und Türmen, die ihn an ländliche Herrensitze erinnerten, oder die den Eindruck von ausgedehnten landwirtschaftlichen oder Meiereianlagen machten. Hier und da arbeiteten Leute auf den Feldern oder bewegten sich hin und her zu Fuß oder auf Maschinen; aber der Gesamteindruck war der eines äußerst unterbevölkerten Landes.

Augenscheinlich waren sie im Begriff, die Kette der Schneefelder zu überqueren, die so plötzlich die Fernsicht auf Windrosen Gasse aus dem Landschaftsbild ausgelöscht hatten.

Als sie sich den Bergen näherten, wurde das Grün der Weidespäße durch breite Streifen goldenen Getreidelandes ersetzt und dann wurden die Pflanzungen abwechslungsreicher. Barnstaple bemerkte ganz unverkennbare Weinberge auf sonnigen Hängen, und die Zahl der sichtbaren Arbeiter, sowie der Wohnstätten vervielfältigte sich. Das kleine Flugzeuggeschwader flog ein breites Tal aufwärts, einem Paß zu, so daß Mr. Barnstaple die Gebirgslandschaft genau betrachten konnte. Es kamen Kastanienwälder und zuletzt Nadelholz. Zylindrische Türme quer über den Gebirgsströmen und lange niedrige Gebäude mit vielen Fenstern, die anscheinend industriellen Zwecken dienten, waren zu sehen. Eine geschickt gebaute Straße stieg mit äußerster Kühnheit und schönen Viadukten den Paß hinan. Im Hochland, dachte er, gibt es mehr Leute als in der Ebene unten, wenn auch immer noch bedeutend weniger, als er in irgendeinem mit diesem vergleichbaren Landstrich auf Erden je gesehen hatte.

Es kamen noch zehn Minuten felsige Einöde mit den Schneefeldern eines großen Gletschers auf der einen Seite, bevor sie in das Hochtal zum Versammlungspfad niedersank, wo sie nach kurzer Zeit landeten. Dort bildete das Gebirge eine Mulde, die durch Mauerwerk terrassenförmig abgestuft worden war; so kühn war dieser Bau, daß er ein Teil des Berggesteins selber zu sein schien. Der Paß war gegen einen weiten, künstlichen See zu offen, der durch einen mächtigen Damm vor dem Unterlauf im Tale zurückgehalten wurde. Den Damm entlang waren in Zwischenräumen große Steinpfeiler sichtbar, die unendlich den Eindruck von stehenden Gestalten hervorriefen. Mr. Barnstaple sah jenseits flüchtig eine weite Fläche, die ihn an die Po-Ebene erinnerte; doch dann, als sich das Flugzeug herabsetzte, verbergte die vor ihm aufsteigende gerade Linie des Damms den weiteren Ausblick.

Auf diesen Terrassen und besonders auf den tieferliegenden standen Gruppen und Anhäufungen von Gebäuden, die wie Blumen aussahen, und Fußwege, Stufen und Tische erweckten den Eindruck, als ob der ganze Paß ein Garten sei. (Fortsetzung folgt.)

Menschen, Göttern gleich...

9] Roman von Herbert George Wells.

„Wir sind alle gewöhnt, mehrmals am Tage zu essen.“ sagte Mr. Bursleigh. „Es wird vielleicht gut sein, wenn ich Ihnen eine kurze Uebersicht über unsere Ernährungsweise gebe. Vielleicht gibt es Unterschiede. Wir beginnen in der Regel mit einer einfachen Tasse Tee und einer ganz dünnen Butterbrotstrolche, die uns ans Bett gebracht werden. Dann kommt das zweite Frühstück...“ Er kam schließlich zu einer meisterhaften Zusammenfassung seiner gastronomischen Tageseinteilung und schloßerte klar und verlockend die Einzelheiten eines englischen Frühstückes, Eier, die viereinhalb Minuten gekocht werden müssen, weder länger noch kürzer, Lunc, mit irgendeinem leichtem Wein, Tee, der mehr eine gefällige Angelegenheit als eine ernste Mahlzeit ist, Dinner, mit allen Einzelheiten, und die gelegentliche Zusammenkunft zum Souper. Es war eine jener klaren Darstellungen, wie sie das Unterhaus erfreut hätten, fließend, leicht, in beiderem Ton, aber dennoch mit einem Zug von Ernst. Die Utopin betrachtete ihn mit wachsendem Interesse, als sie fortfuhr zu fragen: „Ist Ihr alle in dieser Art?“

Mr. Bursleigh ließ seine Blicke über seine Gefährten wandern. „Ich weiß nicht, ob Mr. — Mr. —?“

Barnstaple — Jamohl, ich esse in ganz gleicher Art.“ Aus irgendeinem Grunde lächelte ihm das Utopenweib zu.

Sie hatte sehr hübsche braune Augen und, obwohl er sie gern lächeln sah, wäre es ihm lieber gewesen, wenn sie ihm nicht in solcher Weise zugelaßelt hätte, wie sie es tat.

„Und schlafst ihr?“ fragte sie.

„Sechs bis zehn Stunden, je nach den Umständen.“ sagte Mr. Bursleigh.

„Und pflegt Ihr der Liebe?“

Diese Frage verlegte unsere Erdlinge in Verlegenheit und verlegte sie gewissermaßen. Was meinte sie genau genommen damit? Für einen Augenblick wußte niemand eine Antwort. Selbst die Möglichkeiten jagten in wilder Hast durch Mr. Barnstaples Hirn.

Dann sprang Mr. Bursleigh mit seiner feinen Klugheit und der schnellen Geistesgegenwart eines modernen Führers in die Bresche.

„Nicht gewohnheitsmäßig, kann ich Sie versichern.“ sagte er, „nicht gewohnheitsmäßig.“

Das Weib mit dem rotgeränderten Kleid schien dies

Die Verfolgung des Posträubers Heim.

Das Feuergefecht in Südthüringen.

Koburg, 2. Februar.

Es steht jetzt unzweifelhaft fest, daß der Mann, der heute vor-mittag bei Untertreuern den Landjäger Schefer erschoss, der Post-räuber Heim ist. Nach der Mordtat wurde er von einem Gendarmeriewachmeister mit dem Rade verfolgt und in der Nähe des Dorfes Großheirath eingeholt. Heim sprang vom Rade und warf sich in den Straßengraben, worauf er mit einem Revolver auf den Beamten schoß. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, in dem mehr als 30 Schüsse fielen. Heim gelang es abermals zu entfliehen, nachdem der Beamte seine Wumstion verschossen hatte. Heim wurde nach den Angaben des Wachmeisters am rechten Handgelenk verletzt.

Bericht eines Augenzeugen.

Koburg, 2. Februar.

Auf die Berichte über das neue Vorkommnis mit dem Post-räuber und Mörder Heim entstand im ganzen südthüringer Bezirk eine gewaltige Aufregung. Viele Männer aus den umliegenden Ortschaften Koburgs beteiligten sich an der Verfolgung. Ein Augen-zeuge berichtet, daß Heim auf Veranlassung des Gendarmeriekommandanten Schefer diesen einige Schritte begleitete. Plötzlich entwickelte sich ein Handgemenge, und Heim gab drei Schüsse auf Schefer ab, der blutend zu Boden stürzte. Der Täter ging zunächst einige Schritte weiter, kam dann aber wieder zurück und schoß Schefer, der am Boden lag, in den Kopf. Der Gendarmeriewachmeister Schmidt bestieg sein Rad und verfolgte die Räuber. Vor dem Orte Großheirath stellte er Heim. Der Mörder sprang vom Rad, warf sich in den Straßengraben und feuerte auf den Wachmeister, der ebenfalls zu schießen begann. Der Wachmeister verfeuerte seine ganze Munition, etwa 35 Schüsse, auf Heim. Heim soll am Handgelenk verletzt worden sein. Als Schmidt nicht mehr schießen konnte, bestieg der Räuber von neuem das Rad, nachdem er sein Handgelenk mit einem Taschentuch verbunden hatte, und zog einen zweiten Revolver aus der Tasche, um Schmidt in Schach zu halten. Er entfloh dann in den Wald. Der Wald ist jetzt vollständig umstellt, und man hofft, den Verbrecher darin fassen zu können. Heim soll die vergangene Nacht in einem Ort bei Koburg zugebracht haben.

Feuergefecht in Dortmund.

Dortmund, 2. Februar.

In der vergangenen Nacht wurden hier zwei Kriminal-beamte, als sie vor dem Burgwalltheater den schon seit längerer Zeit gefuchten Bergmann Schwalm festnehmen wollten, von diesem durch Schüsse lebensgefährlich verletzt. Schwalm steht im dringenden Verdacht, mit einem bereits festgenommenen Helfer die drei Leberfälle auf die Reichsbahnkasse der Station Lütgendortmund verübt zu haben. Weiter ist er dringend verdächtig, am 24. Januar 1928 in Walsrop einen Chauffeur erschossen zu haben. Das Polizeipräsidium hat auf die Ergreifung des Täters 500 Mark Belohnung ausgesetzt.

Noch ein dreifacher Mörder!

Der „stumme“ Verbrecher.

Zwei ausländische Bandenführer, ein Pole Leo Burksi und ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener Stephan Rowitoff, die häufig ihre Helfershelfer wechselten und jahrelang durch Raub-überfälle und Einbrüche die Provinz und die Umgebung von Berlin unsicher machten, wurden Ende Dezember v. J. von Beamten der Dienststelle B. 1 in Berlin ermittelte und festgenommen. Hier konnten ihnen

21 Einbrüche

aus neuerer Zeit nachgewiesen werden. Bei der Gegenüberstellung vor der Kriminalpolizei gab es zwischen den beiden heftige Aus-tritte. Sie beschimpften sich gegenseitig und Rowitoff ging auf Burksi sogar mit einer Schere los. Nachdem er diesen eines Mordes an einer Frau, die er vor etwa einem Jahre bei Mültisch in Schlesien auf der Landstraße getötet und beraubt haben soll, beschuldigt hatte, verstummte er plötzlich. In weiteren Verhören schrieb er auf, daß er zwar alles vernehme, aber nicht mehr sprechen könne. Es besteht nun der dringende Verdacht, daß Rowitoff das Verbrechen, dessen er Burksi beschuldigt, selbst verübt hat und daß er mit der Beziichtigung sich an seinem ehemaligen Komplizen rächen will. Sein Ver-stummung ist, wie jetzt festgestellt wurde, ein Mandor, an das er schon vorher gedacht hatte. Im Gefängnis gab er einem Mitge-fangenen mancherlei aus seinem Leben, über einzelne Straftaten usw. zum besten. Dabei erklärte er auch, daß er

zu gegebener Zeit die Sprache verlieren und stumm bleiben

werde. Als der Mitgefangene entlassen wurde, steckte er ihm einen Kaffiber zu, der für seine Geliebte bestimmt war. Diese, die in der Gegend des Schlesischen Bahnhofs wohnt, sollte Bekannte und Ver-wandte von ihm mit dem Kaffiber aufsuchen. Diese sollten dann, wie

es in dem Kaffiber hieß, bekunden, daß Rowitoff zur Zeit ver-schiedener Einbrüche, die ihm zur Last gelegt werden, sich bei ihm in der Wohnung aufgehalten habe. Dem Mitgefangenen hatte der Russe auch erzählt, wenn die Kriminalpolizei einen Anzug von ihm finde, so sei er eines Mordes überführt. Aus dem Kaffiber, der dem Mitgefangenen bei der Entlassung abgenommen wurde, ist hervor, daß die Braut vorher schon einmal einen Zettel zugef-ast erhalten haben muß, in dem von dem Anzug die Rede war. Als die Kriminalpolizei die Wohnung Rowitoffs durchsuchte, war der Anzug nicht mehr da. Die Geliebte hatte ihn abgeholt und, wie sie behauptet, an einen unbekanntem Mann verkauft. Der frühere Mit-gefangene wurde eingehend verhört. Er berichtete über alles, was ihm Rowitoff erzählt hat. Als er ihm jetzt persönlich gegenüber-gestellt wurde, geriet der Russe in die größte Wut,

vergaß die Rolle des Stummen und schimpfte

weidlich. Plötzlich aber besann er sich wieder, sogte kein Wort mehr und schrieb abermals auf einen Zettel: „Ich bin stumm!“ Burksi, der zurzeit in Mecklenburg in einem Zuchthaus ist, wird jetzt wieder hierher geholt werden, um die Dinge weiter zu klären. Rowitoff war schon einmal in eine Nothlage verwickelt. Es handelt sich um das Verbrechen an einem Viehhändler, der im Jahre 1925 bei Stargard in Pommern erschossen und beraubt wurde. Er mußte damals wieder entlassen werden, weil ihm nichts nachzuweisen war. Die Untersuchung ist jetzt wieder aufgenommen worden. Der Russe steht außerdem im Verdacht, in Polen einen Angehörigen der Haller-Armee erschossen zu haben. Auch dem wird jetzt von neuem nach-gegangen.

Das Geständnis des Staatsanwalts.

Vor neuen Verhaftungen im Falle Bergmann?

Unter dem erdrückenden Beweismaterial hat Staats-anwaltschaftsrat Walter Jacoby I gestern im Laufe der Vernehmungen das Geständnis abgelegt, daß er von Bergmann beträchtliche Geldbeträge für seine Tätigkeit zugunsten des Allgemeinen Lombard- und Lagerhauses erhalten habe. Er gab weiter zu, daß er zu Bergmann sehr enge Beziehungen persönlicher und geschäftlicher Art unterhielt.

Das Geständnis Jacobys ist nicht zum wenigsten auf die Aus-sage der Frau Bergmann zurückzuführen. Unter der Last des sich immer mehr häufenden Materials brach der Staatsanwalts-chafsrat zusammen und mußte bekennen, daß er für die guten Aus-künfte über das Bergmannsche Unternehmen sehr hohe Summen bezog. Allgemein galt er als der Justiziar der Firma Bergmann, und sogar während seiner Dienststunden wurde er von Bergmann ange-rufen und um Auskünfte und Referenzen in dringenden Fällen ver-sucht. Jacoby bestreitet indessen noch wie vor, die guten Auskünfte bei Anträgen wider besseres Wissen erteilt zu haben; Er gibt an, bis zum Schluss des Glaubens gewesen zu sein, daß er es mit einer honorarigen Firma zu tun habe. Dem steht freilich entgegen, daß wie inzwischen von mehreren Zeugen bekannt wurde, Jacoby schon vor etwa zehn Monaten auf die zweifelhafte Geschäfte Bergmanns aufmerksam gemacht worden ist. Trotzdem hat über der Staatsanwaltschaftsrat auch weiterhin die besten Auskünfte und Empfehlungen gegeben, um Betrüger zu veranlassen, ihr Geld bei Bergmann anzulegen. Aus diesen Gründen darf der Haftent-laffungsantrag, den der Rechtsbeistand Jacobys vorbereitet, als ziemlich aussichtslos gelten.

Die Gerüchte über eine bevorstehende Verhaftung des Majors v. Hindenburg beruhen nicht auf Wahrheit. Herr v. Hindenburg hat vom Staatsanwaltschaftsrat Jacoby seinerzeit ausgezeich-nete Auskünfte über die Firma Bergmann erhalten und wurde später, nachdem er einen beträchtlichen Teil seines Geldes in der Firma angelegt hatte, bei der Münchener Filiale Bergmanns an-gestellt. Natürlich rechnete die Firma bei der Kundenwerbung auf die Zugkraft des Namens Hindenburg. Herr v. Hindenburg hat übrigens die versprochene monatliche Jinsrate von 4 Proz., d. h. also 48 Proz. pro anno, tatsächlich erhalten.

Die Polizei verhaftete gestern auf kurze Zeit einen weiteren Angestellten Bergmanns namens Schmidt, der die Funktionen eines Prokuristen im Allgemeinen Lombard- und Lagerhaus ver-lah. Schmidt hat sich in einem längeren Verhör über die Geschäfts-führung Bergmanns rücksichtslos ausgesprochen. Er wurde daraufhin vom Untersuchungsrichter entlassen.

Die Ermittlungen im Falle Bergmann sollen heute mit großer Beschleunigung weitergeführt werden, doch läßt sich noch nicht bestimmen, wann ein Abschluß der Untersuchung erfolgen kann und ob die Reihe der Verhaftungen be-endet ist.

Sport.

1. Stuttgarter Sechstagerrennen. 12 Mannschaften in der Stadthalle.

Run hat auch Stuttgart sein Sechstagerrennen. Gestern abend um 22 Uhr gab der Sieger der Larga-Gloria, Werner, den Startschuß zum „1. Stuttgarter“ ab. Am Start hatten sich folgende Mannschaften eingefunden: von Kempen-Frankenstein, Demolf-Kloß, Chorist-Duray, Dinole-Bossi, Marcot-Blanc Garin, Rieger-Junge, Bauer-Hahn, Behrendt-Mantzen, Blattmann-Remold, Watton-Brogard, Redzieritz-Schwenmler und Schuler-Steger.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckelstraße 77/78, Hof 2 Zz.
Gesellschaft. Wir bitten die Ortsvereinsmitglieder, umgehend die Eintrittekarten für die am 19. Februar im Circus Busch statt-findende Bundestagung im Sandstr. abzugeben. — **Handballspiele** am Sonntag, 3. Februar. Sportplatz Eintracht Pappel, Schönhauser Allee. Preussener Berg II gegen Friedrichsbau III, 9½ Uhr; Preussener Berg I gegen Friedrichsbau I, 10½ Uhr. Sportplatz Marienhof, Schönhauser Allee. Grün-linien I gegen Wedding II, 10 Uhr. — **Freitag, 2. Februar.** Mitte: 10 Uhr Radfahrerkongress, Antrags-Reise-Wart. — **Schöneberg-Bezirksrat:** Die für den 2. Februar angesetzte außerordentliche erweiterte Vorstandssitzung ist auf Mon-tag, 6. Februar, verlegt. — **Mitte:** Sonntag, 4. Februar, 10 Uhr, Vereins-versammlung in Cornis Festsaal, Cornersstr. 6. Eintritt: einfr. 10 Pf. — **Sonntag, 5. Februar.** Preussener Berg, Samstagsabend: Anwalter-Verein: Rückwärts-Saalbau Friedrichsbau um 17 Uhr. — **Reinhold:** Sachverständigen-Konferenz I gegen Wedding II, 10 Uhr. — **Freitag, 2. Februar.** 10-12 Uhr Radfahrer-Schülerhaus, Reußstr.-Bau: 10-12 Uhr Schülerhaus Bro-tzen. — **Wittenberg:** nebst Kameradschaften: 10-12 Uhr Radfahrer und alle rad-fahrenden Kameraden: Pöhlgraben, Ecke Neue Pöhlgrabenstr., Pöhlgrabenstr. mit Kreuzberg. — **Schluß Sportplatz Friedrichsbau.** 10-12 Uhr: Kameradschaft Marienhof: 10 Uhr: Pöhlgrabenstr. — **Freitag, 2. Februar.** am Hof, Marienhof, Republikaner: 10-12 Uhr. — **Schöneberg-Bezirksrat:** 10½ Uhr: Antrags-Reise-Wart: 10-12 Uhr. — **Freitag, 2. Februar.** 10-12 Uhr: Antrags-Reise-Wart: 10-12 Uhr. — **Freitag, 2. Februar.** 10-12 Uhr: Antrags-Reise-Wart: 10-12 Uhr.

Stätten-Gesellschaft (Gehag) hinzuweisen. (Zurufe bei den Soz.: Ist nur gemeinnützig!) — Von den Kommunisten sprach Stadn. Leh. Er setzte sich für vermehrte Straßen- und Wohnungsbau ein, verlangte verbesserte Fürsorgeerziehung und Gesundheitspflege, forderte Schulneubauten und Schulfürsorge. Reich und Staat hätten kein Interesse an einer gesunden Selbstverwaltung, da sie Organe der Kapitalisten seien, ja selbst die Kommune könne man dazu rechnen. Leh bezeichnete als Deckungsmöglichkeit für den Etat die Heranziehung des Besitzes. Nur in diesem Falle würden die Kommunisten dem Etat zustimmen können. Es sei allerdings keine Hoffnung, daß die Sozialdemokraten die Politik der Kommunisten mitmachen würden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Weiterberatung wurde auf heute, Freitag, 16½ Uhr vertagt.

Ein deutschnationaler Faschingsherz.

Vor der Erörterung stimmte die Versammlung einem An-trag der sozialdemokratischen Fraktion, dem sich alle andere Parteien angeschlossen hatten, zu, der vom Magistrat Ver-handlungen mit den Reichsbehörden verlangte, damit die zum neuen Landesarbeitsamt übertretenden Beamten und Angestellten keine Beeinträchtigung ihrer wohlverdienenen Rechte erfahren. — Gegen eine Dringlichkeitsvorlage des Magistrats, 62.000 Mark für eine Beilegung der Stadt an der Ausstellung „Die Ernährung“ zu bewilligen, erhoben die Rechtsparieren einen mißlosen Einspruch; die Mehrheit der Ver-sammlung stimmte der Vorlage zu. — Beschlossen wurde ferner die Zusammenfassung der Bezirksmüllbetriebe mit der Berliner Müllabfuhr-Aktiengesellschaft. — Bei der Verabschie-dung des „Ueberleitungsstellenplanes“ (einer Zwischen-regelung zur Beamtenbeförderungsregelung) brachten die Deutsch-nationalen durch ihr Fraktionsmitglied Lingweiler nicht weniger als zehn Anträge ein, über die sämtlich auf ihren Antrag hin namentlich abgestimmt werden mußte. Fast dreihundert Stunden kostbare Zeit gingen dabei verloren und Genosse Dr. Lohmann konnte das unter dem Beifall der Versammlung einen Faschingsherz der Deutschnationalen nennen!

Der Löw' ist los!

Zwischenfall bei einer Fasirvorstellung.

Im Jirkus Busch stellte sich ein Fasir von Beruf geladenem Publikum vor. Ein Herr von indischem Typ, unterseht, gut ge-wachsen, mit einem mächtigen Buschellopf krausen Haars, läßt sich von einem Herrn europäischen Geblüts eine Rede halten, die die Fähigkeiten des indischen Fasirs in noch dunklere Schleiern hüllen, als die dunkle Wirklichkeit es verlangt. Also der Fasir: Blancaman hypnotisiert zunächst nach berühmten Mustern Säuglinge und Kinder. Das gelingt ihm vorzüglich: die un-gewöhnlichen, zappelnden Tiere werden mild und gefügig, verfallen in eine Art Starrkrampf und müssen zum wahren Leben erst wieder erweckt werden. Der Fasir Blancaman zeigte dann noch anderes Biet: Schlangen, Echsen und Krokodile, die sich ohnedies in schlafähnlichen Zustände befinden, ließ alles sich lieblich im Schein der Lampen sonnen und ging dann zu den schwierigeren Auf-gaben seines Berufes über.

Er versuchte die Kunst gerade an einigen Löwen, die sich im Gitterkäfig der Manege lustig tummelten, als einer der braunen Wildlinge eine Lücke im Gitter gewahrte und schleunigst das Weiße suchte. Natürlich, wie es sich für einen zivilisierten Löwen gehört, nicht in das fürchterliche Publikum hinein, sondern in die abgeschlossenen Stallräume. Kurz, es gab den Anstoß einer Panik, Frauen erklommen die oberen Galerien, man drängte sich aus dem gefährlichen Bereiche der Manege und die wachhabende Schar griff tapfer zum Revolver. Der Löwe ließ sich wohlweislich nicht mehr sehen. Er hatte genug, von dem Fasir und seinen Gästen. Hinten haben sie ihn dann freundlich einge-lungen und das zitternde Tier in seinen Käfig geschoben, wo es sich erschöpft von den ausgestandenen Ang-sten niederließ mit dem Stohseufzer in seiner Tierseele: Einmal Fasir und nie wieder.

Der Held des Abends, der Blancaman, der Fasir, unterwarf sich inzwischen zum Vergnügen der Zuschauer noch den verzweifeltsten Torturen; er wurde von Nadeln durchstochen, zerbrach Glasscheiben mit seinem bloßen Rücken und ließ sich auf zwei messerscharfe Schneiden legen, worauf einer, in Ermangelung eines besseren Platzes, eine schwere Granitplatte auf seinem Bauch in Stücke zerhieb.

Es war das übliche Logewerk eines Fasirs.

Die Tragödie in der Elisabethstraße.

Frau John klagt an.

Die Tragödie in der Elisabethstraße konnte gestern nachmittag durch die Vernehmung der Frau Erna John nur teilweise geklärt werden. Frau John ist fast ganz erblindet und gekränkt. Um lesen zu können, bedarf sie eines sehr scharfen Ver-größerungsglases. Wie sie behauptet, sind diese Gebrechen durch die Mißhandlungen ihres Mannes hervorgerufen worden. Schon vor einiger Zeit brachte der Tischler die beiden jüngeren Kinder zu seiner Mutter nach der Memster Straße, weil er seiner Frau die Erziehung nicht anvertrauen wollte. Frau John be-hauptete nun, daß er ihr auch die siebenjährige Helga wegnehmen würde. Sie versuchte, das Kind in einem Heim unter-zubringen, es gelang ihr aber nicht. Der Ehemann blieb wiederholt tagelang der Wohnung fern und brachte, wenn er endlich heim-kehrte nur so wenig Geld mit, daß bitterste Not im Hause herrschte. Am Donnerstag früh kam John in die Wohnung und fing wieder Streit an. Als er die kleine Helga noch vorwand, verlangte er, sie solle sofort für die Schule abgefertigt werden. Frau John hatte die Kleine zurückgehalten, da sie nichts für sie zu essen hatte. Der Mann entfernte sich endlich scheltend, und das Mädchen machte sich auf den Weg. Sie hatte den Hof noch nicht überschritten, als die Mutter sie zurückrief. Er waren wegen des frühzeitigen Erscheinens des Mannes Bedenken aufgestiegen, daß der Mann heimlich das Kind aus der Schule abholen und nicht zu ihr zurückbringen werde. Weil die kleine Helga über Hunger klagte, hieß die Mutter sie wieder zu Bett gehen. Sie nahm dann ein Brotmesser und stieß es dem Kinde ins Herz, so daß es auf der Stelle ver-starb. Dann stellte sie sich selbst der Polizei. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Ursprung der Bluttat in dem körperlichen und seelischen Zusammenbruch der bedauerens-werten Frau zu suchen ist. Sie wurde vorläufig in Gewahr-sam gehalten. Von dem Ehemann, dem Tischler Alfred John, ist noch keine Spur gefunden. Er konnte deshalb über die Vorgänge noch nicht befragt werden.

Neue Verhaftungen im Jugspitzenfandal.

Jausbrud, 2. Februar.

Die Privatsekretärin des ehemaligen Präsidenten der Jugspitz-bahn-H. G. Dr. Stern, Fräulein Anna Strauß in Reutte, wurde unter dem Verdacht der Vorschubleistung verhaftet. Fräulein Strauß fuhr sofort nach dem Eintreffen der Gerichtskommission in Reutte heimlich nach Füssen in Bayern und telephonierte von dort an Dr. Stern in München, um ihn von den Ereignissen in Reutte in Kenntnis zu setzen. Sie wollte auch mit dem Zuge zu ihm fahren. Da aber abends kein Zug mehr nach München ging, mußte sie die Reise auf den nächsten Tag verschieben. Als sie nach München kam, war Stern bereits verhaftet. Darauf fuhr sie nach Reutte zurück und stellte sich selbst dem Gericht.

Funkwin'kel.

Im Nachmittagskonzert spielte Edward Weiß Balladen. In-folge einer ausgezeichneten Anschlagstechnik behält der Ton auch in der Funkübertragung seinen vollen Klavierklang. Diese hoch-wertigen Klavierdarbietungen hatte man durch Gesangs-vorträge Franz Egenieffs ergänzt. Mit leidlicher Stimme sang er einige Balladen von Löwe. Am Abend brachte Max Weber's ausge-zeichnete Kapelle ein leichtes Unterhaltungsprogramm. — Prof. Dr. Berg von der Geologischen Landesanstalt Berlin beendet mit einem Vortrag über „Deutschlands Borräte an Salz und sonstigen nughbaren Mineralien“ seinen Zyklus über „Die Bodenschätze Deutsch-lands“. Trotz mancher sehr interessanter Darlegungen ergab das umfangreiche Thema, in drei Vorträgen zusammengepreßt, in der Hauptsache eine unliebendige Aufzählung. Egon Juda wählte über das Thema „Reklame und Kunst“ anregend zu plaudern. Er erzählte von der künstlerischen Reklame, die bereits vor 2000 Jahren in Pompeji recht hoch entwickelt war, und behandelte die künstlerischen Werbemittel der späteren Jahrhunderte bis auf unsere Zeit. Es darf heute nicht behauptet werden: künstlerische oder wirkungsvolle Reklame, sondern es muß heißen: künstlerische und wirkungsvolle Reklame. Das kann nur dann erreicht werden, wenn der Künstler in seinen Reklamebildern und Zeichnungen Rücksicht nimmt auf die geistige Einstellung der Menge, vor allem des Teiles, der hauptsächlich als Einnahmer der angepriesenen Ware in Frage kommt. Eigenwille Reklame, die abseits vom Publikumsgeschmack ihre Wege sucht, ist für zweckvolle Reklame kaum verwendbar. T. es.

Berlin als Großgrundbesitzer.

Von den gemeinwirtschaftlichen Betrieben der Stadt Berlin hat die „Güter G. m. b. H.“ das größte und umfassendste Aufgabengebiet. Entstanden aus einer Anregung, die Abwässer Berlins zu benutzen, um Felder vor den Luren Berlins mit Düngemittel zu versehen, hat sich heute die Güter G. m. b. H. zu einem riesigen Betrieb, der 2500 Arbeiter beschäftigt, entwickelt.

Die Berliner Rieselfelder.

Geheimrat Birchow machte in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts den Vorschlag, die Berliner Abwässer durch Kanalisation aus Berlin zu entfernen. Durch eine derartige Ableitung der Abwässer sollte die Stadt reinlicher werden. Die Berliner Behörden versuchten zunächst den Bauern in der Mark diese Düngemittel abzugeben. Im Verlauf der Versuche stellte sich aber heraus, daß die Fruchterträge der Fäkalien zu teuer wurden. 1869 bewilligte die Berliner Stadtverordnetenversammlung die ersten Mittel, um fünf Morgen Versuchsgelände auf dem Tempelhofer Feld, also dicht vor den Toren Berlins, zur Rieselung herzurichten. Die Abwässer aus Berlin wurden zum Versuchsgelände geleitet. Die Versuche hatten ein äußerst günstiges Ergebnis. Vom 1. Mai bis 25. Oktober konnte das angepflanzte Gras sechsmal geschnitten werden. Man stellte ferner fest, daß besonders Kohlruten, Bohnen, Erbsen, Gurken wesentlich besser wuchsen im riebelierten Felde und es zeigte sich, daß das auf dem Rieselgelände gezogene Gemüse auch im Geschmack besser war. Nach Abschluß dieser Untersuchungen begann die Gründerzeit der Rieselanlagen. Die Kanalisation wurde ausgebaut und unterirdisch wurden die Abwässer auf die Felder geleitet. Mit immer besseren technischen Hilfsmitteln wurden die Rieselfelder einer rationellen Bewirtschaftung erschlossen. Durch das ständige Steigen der Einwohnerzahl Berlins und des Anwachsens der Industrie mußten die Rieselanlagen von Jahr zu Jahr vergrößert werden, um die Abwässer unterzubringen. Im Jahre 1926 mußten 220 Millionen Kubikmeter, also täglich 600 000 Kubikmeter, untergebracht werden. Im Jahre 1874 war das erste Rieselgut in Osborn und das zweite in Friedrichshagen von der Stadt Berlin in eigene Bewirtschaftung übernommen. Heute bewirtschaftet die Berliner Güter G. m. b. H. 51 Güter mit einer Gesamtläche von 17 011 Hektar Land. Davon sind über 8200 Hektar an Kleinbauern und Kleingärtner verpachtet. Im Laufe der Jahre konnten die Rieselungsanlagen technisch verbessert werden. Diese Verbesserung brachte auch eine Steigerung der Produktion. An Höchstleistungen wurden zum Beispiel auf je einen Hektar 100 Doppelzentner Spinat, 150 Doppelzentner Frühkohl, 400 Doppelzentner Mören, 125 Doppelzentner Weizen, 1144 Doppelzentner Kartoffeln geerntet. Zur besseren Ausnutzung des Rieselgutes wurden die Wege im Rieselgebiet zu beiden Seiten mit Kleeheu, den oder Obstbäumen bepflanzt. Bis zum Jahre 1905 mußte die Landwirtschaft ohne mechanische Hilfe auskommen. Es gab nur wenige Hilfsmaschinen und auch diese arbeiteten nicht einwandfrei. Im Jahre 1906 wurden die einzelnen Rieselgüter durch ein Feldbahnenetz miteinander verbunden. Gleichzeitig wurden Feldbahn-

verbindungen von den Gütern nach den nächsten Eisenbahnlinien gebaut. Im Jahre 1907 wurde der Brennerarbeitsbetrieb modernisiert und durch Einbau der modernsten Maschinen leistungsfähiger gestaltet. Ein Jahr später wurde die erste ortsfeste Dreschanlage auf dem Gut Hohrechtsfelde erbaut. Auf dem gleichen Gut wurde auch der erste Riesenspeicher, der 18 000 Zentner Körner aufnehmen kann, errichtet. Nachdem die notwendigen Hilfsmaschinen zur Bearbeitung größerer Felder angeschafft wurden, begann der Ausbau der Nebenbetriebe. Ein Schlachthof wurde bei dem Gut Hohrechtsfelde erbaut, der heute so leistungsfähig ist, daß jährlich über 18 000 Stück Vieh geschlachtet werden können. In einem Holzbearbeitungsbetriebe werden im Jahr über 10 000 Festmeter Rundholz verarbeitet. Im Jahre 1920 wurden sämtliche Güter an die Ueberlandzentrale angeschlossen. Heute umfaßt der Maschinenpark aller Güter 4329 Maschinen. Neben dem reinen Obst-, Gemüse- und Getreideanbau wurden auf allen Gütern große Weidestrecken beriebelt. Die Viehzucht wurde von Jahr zu Jahr erweitert. Zum Vergleich dafür, wie schnell sich die Viehhaltung entwickelt hat, seien die Ziffern aus dem Jahre 1878 und 1927 wiedergegeben. Außer 40 Pferden wurden 60 Milchkuhe, 100 Schafe und 50 Schweine im Jahre 1878 gehalten. Eine Viehzählung auf den städtischen Gütern ergab im vorigen Jahre einen Viehbestand von 63 Zugschweinen, 1500 Milchkuhen, 950 Stück Jungvieh, 2800 Schafen und 220 Schweinen.

Soziale Lohn- und Wohnverhältnisse.

Die städtischen Güter waren naturgemäß, da sie ja der Kontrolle der Gemeindeverwaltung unterstellt waren, bemüht, die Lohn- und Wohnfrage der auf den Gütern beschäftigten Arbeiter möglichst sozial zu gestalten. Auf den meisten Gütern entstanden schon vor Jahren neben den Landarbeiterwohnhäusern Gemeinschaftshäuser für uneheliche Arbeiter, die mit allen hygienisch notwendigen Einrichtungen ausgestattet wurden. Das Gemeinschaftshaus hat neben den Einzelräumen große Logierräume, in denen die unehelichen Arbeiter ihre Mahlzeiten einnehmen. Für ein Zimmer mit Heizung, Licht und Heizung bezahlt ein Arbeiter zwölf Mark im Monat. Die städtischen Arbeiter haben den gleichen Tarif wie die auf den Gütern im Kreise Litzow arbeitenden Landarbeiter. Sie haben aber einen besonderen Kündigungsschutz bekommen, bei Krankheit einen Krankenlohnzuschuß und besondere Urlaubsvorgaben.

Im Jahre 1922 wurde zur Verwaltung der städtischen Güter die Stadtgüter G. m. b. H. gegründet, die auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage arbeitet. Von dieser Gesellschaft werden heute alle Güter betreut. Die Jahresbilanzen dieser Gesellschaft haben wieder einmal den Beweis erbracht, daß die gemeinwirtschaftlichen Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit vor den privatkapitalistischen Betrieben nicht zurückzutreten brauchen.

Tribüne folgerichtigen Oppositionsmannes Hesse hinweg und wählten den alten Vorstand von neuem (Brit. Dem.; Heber, Dnat. Sp.; K. Werau, SPD).

Nun ließ der Strom der Rede sanft und eben: Der Herdes Schule wurde eine Akkumulatorenbatterie bewilligt, ebenso die Erweiterung der Badeanstalt Westend. In der Frage der Umbenennung der Straßen hob das Bezirksamt keinen Widerstand auf und erklärte sich bereit, mit der Bezirksversammlung zusammen zu arbeiten. Es wird seine Vorschläge mit einem fünfzehnjährigen Ausschuss der Bezirksversammlung besprechen. Damit hat sich der politische Druck der SPD. durchgesetzt. Der Verkehrs-ausschuss berichtete ferner über die Wünsche der Bezirksversammlung, besonders im Hinblick auf neue Querverbindungen von Halensee nach Westend hinüber. Sodann wurden zwei neue Fluchtlinienpläne genehmigt und einige Mitteilungen zur Kenntnis genommen. Von diesen Mitteilungen ist die wichtigste die Nachricht von dem Rücktritt des Stadtbaurats Winterstein, über dessen Amisführung sich unsere Genossen oft zu beschweren hatten. Er ist dem Druck der Linken endlich gewichen. Damit ist allerdings zunächst die Stelle eines Baurats im Bezirksamt verwaist, denn es darf nicht neu gewählt werden, da Charlottenburg einen besoldeten Stadtrat mehr befeh, als ihm nach dem Ortsgesetz zusteht. Das Hauptinteresse der Tagesordnung beanspruchte der nächste und letzte Punkt: die Frage der gefährdeten Häuser in der Hebbelstraße. Ueber die Angelegenheit ist schon kurz im „Vormärts“ berichtet worden; die Hugenberg-Presse und selbst die Wilmers-Presse hatte sich nicht genug tun können in Angriffen gegen das Bezirksamt Charlottenburg, von der „Roten Fahne“ gar nicht zu reden. Auch am 25. Januar gingen in den Interpellationsbegründungen die Bogen zunächst haushoch: galt es doch, dem Deserenten des Charlottenburger Wohnungsamtes, dem sozialdemokratischen Stadtrat Horlich, ein Bein zu stellen. Und noch am 26. Januar wagt es die „Neue Zeit“, zu schreiben: „... während Stadtrat Horlich eine Weisung des Wohnungsamtes versuchte.“ Das hatte Genosse Horlich nicht nötig: es zu „verschleiern“. Denn der ausführliche und klare Tatsachenbericht, den er erstattete, gab auch nicht die kleinste Wunde zu Angriffen und Beanstandungen. Die großen Ankläger in der SPD waren ganz klein geworden, und Genosse Müller charakterisierte außerordentlich wirkungsvoll die alten Bauverbände der Bodenbesitzer (Schrobdorff!) und der ehemaligen staatlichen Baupolizei. Die Rechte rührte lieber nicht an diese Erinnerungen aus der glorreichen Vergangenheit, und der Antrag der SPD, einen Sachverständigenausschuss heranzuziehen, um die Bodenverhältnisse in Charlottenburg überhaupt nachzuprüfen, fand eine Mehrheit in der Versammlung, obgleich der Bürgermeister Zuständigkeitsbedenken hatte. In diesem Ausschuss sollen auch solche Männer mitwirken, die praktisch im Baugewerbe erfahren sind. So hat die SPD in Berlin und Charlottenburg alles getan, um den bedrohten Bewohnern zu helfen: in Berlin durch die beantragte Unterstützung und durch die Forderung nach einer Vorlage zur Gefährdung der gefährdeten Häuser, in Charlottenburg durch unermüdete praktische Tätigkeit ihrer Vertrauensmänner. Die Enttäuschung der bürgerlichen Presse, daß es zu keinem „Fall Horlich“ gekommen ist, ist begreiflich. So ging die erste Versammlung des neuen Jahres beweist und interessant genug aus: Vorzeichen kommender politischer Kämpfe.

12. Bezirk - Steglitz.

Die erste Bezirksversammlung des Jahres fand unter dem Zeichen der Neuwahlen und brachte infolgedessen eine Ueberwältigung, als gemäß der bisher üblichen parlamentarischen Gepflogenheit, an welcher von unserer Partei grundsätzlich festgehalten wurde, der Posten des ersten Bezirksverordnetenvorstehers an die Deutsche Volkspartei, der Posten des zweiten Bezirksverordnetenvorstehers an die Deutschnationalen Volkspartei fielen. Unsere Fraktion erklärte darauf, daß sie nunmehr auch ihre anderen Mitglieder im Vorstand der Versammlung zurückziehen, um die bürgerlichen Herrschaften unter sich zu lassen. Die demokratische Fraktion gab dieselbe Erklärung ab. Dem Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion bezüglich Neuverteilung der Stimmbezirke wurde zugestimmt. Eine längere Debatte entspann sich über den Abbruch des Hauses Gellertstraße am Handelsplatz. Hierzu gab Bürgermeister Sembrotki die Erklärung ab, daß den jetzigen Eigentümern die Finanzierung nicht gelüftet ist und daß deshalb auch der Wohnungsfürsorgegesellschaft, die sich sehr für diese Angelegenheit interessiert hätte, keine Möglichkeit gegeben war, öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Stadt könne von sich aus hier nicht eingreifen, weder durch Beschloßnahme und Ausbau des Hauses noch durch gewaltsames Abreißen, weil derjenige oder ein späterer Eigentümer die Stadt für entstehende Schäden regrettspflichtig machen könne. Die Deutschnationalen und Wirtschaftsparteiler benutzten diese Gelegenheit zu unzulässigen Ausfällen gegen die Wohnungsfürsorgegesellschaft und die städtischen Baugesellschaften und forderten, daß die Stadt dem Unternehmer die erforderlichen Gelder als Hypothek zur Verfügung stellen solle. Ein Beschluß wurde über diesen Punkt nicht gefaßt. Anträge auf Erweiterung des Stadtbades, Herrichtung von Spiel- und

Aus den Bezirken.

2. Bezirk - Tiergarten.

Zum Vorsitz der Versammlung wurde Genosse Kubly mit großer Mehrheit wiedergewählt. Darauf kamen die Vorschläge des Ausschusses zur Umbenennung von Straßen zur Beratung. Der Ausschuss war in einigen Punkten von den Vorschlägen des Bezirksamtes abzuweichen. Er hatte beschlossen, für die Straße Wilmers den Namen Hugo-Hase-Straße, für die Steglitzer Straße den Namen Emanuel-Wurm-Straße vorzuschlagen. Kämmerer (D. Sp.) beantragte Einzelberatung über jede Straßenumbenennung. Diesem (Dnat.) Ablehnung des Ausschusses, die SPD. Annahme in einem Wahlgang. Während der Vorleser bekanntgab, in welcher Reihenfolge abgestimmt werden soll, verließen die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteiler unter Zwischenrufen den Saal. Der Grund dazu war nicht ganz ersichtlich, und die Situation wurde auch durch keine Wortmeldung seitens einer der ausbleibenden Fraktionen geklärt. Die zurückbleibende Mehrheit der Versammlung nahm einstimmig die Beschlüsse des Ausschusses an. Es kam dann der Bericht des Ausschusses, der sich mit hygienischen Missständen in der 231. Gemeindefabrik beschäftigte hatte, zur Debatte. Berichterstatter war Hagemann (Dnat.), der jedoch mit seiner Fraktion den Saal verlassen hatte und auch zur Verurteilung nicht wieder erschien. Genosse Weiner rügte, daß durch diese Pflichtvergessenheit die

Bevölkerung nicht die Beruhigung erhält, auf die sie schon lange wartet. Genosse Weiner gab dann den Bericht. Es sind für die notwendigen Instandsetzungen 40 000 M. beantragt. Zur Betreibung der SPD. in der Zentrale wurden 9700 M. schon zur Verfügung gestellt. Genossin Dr. Frankenthal begründete unseren Antrag auf Erweiterung der Säuglingsfürsorge. Sie demängelte vor allem, daß die geschlechtskranken Kinder nicht von den gesunden getrennt werden. Das Bezirksamt lagte die baldige Vorlage eines Erweiterungsplanes zu. Genosse Bärsch erörterte Mängel in der ärztlichen Versorgung von Wohlfahrtspatienten. Unser Antrag, darauf hinzuwirken, daß die Wohlfahrtsärzte Vor- und Nachmittagsprechstunden halten, wurde angenommen.

7. Bezirk - Charlottenburg.

Die erste Bezirksversammlung des neuen Jahres am 26. Januar scheint den Auftakt zum neuen politischen Kasperle-Theater gebracht zu haben zum Bruderzwist im Hause der SPD. Der Stadtverordnete Max Hesse von der „Opposition“ hielt den früheren SPD.-Genossen ihre Sünden vor: Dadurch, daß sie jetzt der Wiederwahl des alten Vorstandes der Versammlung und des demokratischen Vorsitzenden zustimmten, bewiesen sie den Arbeiterrat, denn von dem Demokraten Brit bis zu dem katholischen Pfarrer sei nur ein kleiner Schritt. Kurz, die offizielle SPD. erlebt nun dasselbe Schicksal, als „Opportunisten“ und „Reformisten“ beschimpft zu werden, wie es früher gegen die SPD. betrieben hatten. Aber die Versammlung kam über den Eifer des Hets von der

Aussehen vergeht, Qualität besteht!

Von dem schönen Aussehen und der Größe der Kaffeebohnen bleibt Ihnen nach dem Mahlen nichts, dagegen müssen Sie für das schöne Aussehen einen Überpreis zahlen. Wenn Sie sich dazu entschließen können, mit dem alten Überglauben zu brechen, daß Kaffee um so besser ist, je größer die Bohnen sind, erhalten Sie bei mir

für gleiches Geld bessere Qualität!



A. Zuntz sel. Wwe.

Lehren der ersten Bankabschlüsse.

Die schlechtere Bankkonjunktur auf das Personal abgewälzt.

Die beiden ersten Jahresberichte großer Banken liegen vor, der der Reichskredit A.G. Berlin und der der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München. Die Jahresabschlüsse der deutschen Großbanken stehen noch aus. Aber Reichskredit- und Bayerische Hypotheken- und Wechselbank vermögen zu lehren, was für die Großbankbilanzen zu erwarten ist: Die Reichskredit A.G., weil sie heute eine überwiegend auf die Industrie sich stützende Großbank ohne Filialen ist, die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, weil sie die größte süddeutsche Hypothekenbank und darüber hinaus zugleich wohl auch die größte süddeutsche Kreditbank ist.

Die Entwicklung der Reichskredit A.G.

Umsatz	1925	1926	1927
Zinseinnahmen	6,75 Million	8,24 Million	8,27 Million
Provision u. sonst. Einn.	3,14	5,55	5,80
Umsatz u. Steuern	4,69	7,90	8,07
Reingewinn	5,46	6,26	6,51
Dividende	6 Proz.	8 Proz.	8 Proz.
Reservefonds erhöht	+ 2 Mill.	+ 2 Mill.	+ 9 Mill. *)
Bankgebäude abgeschrieben	u. 6 auf 5 Mill.	u. 5 auf 4 Mill.	Keine
Angest. Unt.-Fonds erhöht	von 150 auf 400 000 M.	von 400 auf 650 000 M.	von 650 auf 900 000 M.
Stückkapital	30 Million	30 Million	40 Million
Bilanzsumme	442,3	516,4	567,9
Forderung d. Kundschaft	397,5	457,9	487,5
Wirtschaftskredite	303,7	322,3	376,1
Börsekredite	24,0	61,0	45,9
Bankguthaben u. Kasse	104,5	119,1	125,1
Personal	?	775 Angestellte	699 Angestellte

*) 7 Millionen aus Kapitalerhöhung und 2 Millionen aus Gewinn.
 **) 25 Prozent Auslandbesitzer.

Der Umsatz der Reichskredit A.G. hat sich um 7,4 auf 22,6 Milliarden erhöht und damit, wie unsere Tabelle zeigt, um noch erheblich weniger als die Hälfte der Zunahme im Jahre 1926. Die Gesamteinnahmen aus Zinsen, Provisionen, Wertpapier- und Anleihegeschäft sind gegen 1926 um nur 280 000 M. gestiegen, die Gesamtausgaben um 170 000 M. Ist dieses Verhältnis der Einnahmen und Kosteneinwirkung auch günstig, so entspricht die Einnahmesteigerung keineswegs der Umsatzsteigerung. Das Börsen- und Emissionsgeschäft war schlecht, wie sich auch aus dem Rückgang der Börsenkredite von 24,0 auf 45,9 Millionen ergibt. Die gewöhnlichen Wirtschaftskredite sind stärker gestiegen als die hereingelassenen Banteinlagen. Der Nachdruck lag ganz offenbar im vergangenen Jahr auf dem Differenzgeschäft zwischen gewährten und verlangten Zinsen und der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, daß dieses Geschäft keineswegs sehr günstig war. Dabei war ein um 10 Millionen auf 40 Millionen erhöhtes Aktienkapital mit Dividende zu versehen, und wenn man aus dem Reingewinn von 6,51 Millionen auch wieder 2 Millionen der ordentlichen Reserve zugeführt hat — die aus dem Kapitalerhöhungserlös ohnehin schon auf 17 Millionen erhöht war —, so entspringt offenbar die diesmal unterlassene Abschreibung des Bankgebäudes um 1 Million Mark der Tatsache, daß der ungenügend erhöhte Gewinn diese Abschreibung auch dann nicht erlaubt hätte, wenn man sie hätte vornehmen wollen.

Das Geschäft der Reichskredit A.G. war in der Tat nicht unerheblich größer, aber es war weniger rentabel als in dem Bilanzjahre 1926. Allerdings hat nicht das Reich, das ja die Aktien der Reichskredit A.G. noch besitzt, dafür die Kosten

getragen, sondern das von 775 auf 699 Angestellte verringerte Personal hat die entsprechende Mehrarbeit leisten müssen. Da, wie gesagt die Reichskredit A.G. keine Filialen besitzt, darf erwartet werden, daß bei den Großbanken mit ihrem riesigen und bei weitem nicht voll ausgenützten Filialapparat die toten Kosten noch stärker an dem an sich nicht sehr gestiegenen Gewinn gezehrt haben, und daß das Bestreben, unter allen Umständen die gleiche Dividende wie im Vorjahre auszuweisen, einmal auf Kosten früherer Gewinne, sodann auf Kosten des mit Arbeit überlasteten Personals erfüllt worden ist. Es ist ja bekannt, daß die Banken in allerstärkster Weise den Abbau des Personals weitergeführt und die Mechanisierung der Betriebe weiterbetrieben haben.

Bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank

zeigen sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit die großen Schwierigkeiten und wahrscheinlich auch beträchtlichen Verluste — mindestens Buchverluste — die der Kapitalmarkt im vorigen Jahr veranlaßt hat. Die Hypothekendarlehen sind mit rund 400 Millionen gegen 1926 mehr als verdreifacht. Dagegen ist die Einnahmedifferenz zwischen Pfandbrief- und Hypothekenzinsen, die den Bruttoverdienst der Hypothekenbanken darstellt, nur von 1,15 auf 1,97 Millionen gestiegen, und die Provisionen aus dem Hypotheken- und Pfandbriefgeschäft sind bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank sogar von 1,83 auf 1,01 Millionen Mark gesunken. Man hat viel eigene Pfandbriefe vom Markt aufnehmen müssen und sicher hat die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank von vornherein beträchtliche Buchverluste — aber in wohl übertriebener Vorsicht — sofort von der Einnahme aus dem Hypothekengeschäft abgesetzt.

Umsatz	1926	1927
Hypotheken-Darf.	10,26 Milliarden	13,40 Milliarden
Zinsdifferenz aus Hypotheken-Geschäften	1,15	1,97
Provisionen aus Hypotheken-Geschäften	1,83	1,01
Forderungen der Bankkundschaft	170,91	197,73
Wirtschaftskredite	148,29	194,64
Zinseinnahme aus Bankgeschäften	3,62	5,10
Provisionen aus Bankgeschäften	6,13	7,01
Einnahm. aus Effekt- u. Emissionsgeschäft	3,98	3,63
Personal u. Sachausg.	12,09	13,10
Steuern u. Umlagen	1,34	1,18
Reingewinn	3,48	4,66
Dividende	10 Prozent	10 Prozent
Stückkapital	30,02 Millionen	45,01 Millionen
Reserven	9,75	19,81
Bilanzsumme	586,00	734,58
Personal	1979 Angestellte	2090 Angestellte
	162 Aushilfskräfte	103 Aushilfskräfte

Auf der anderen Seite war das eigentliche Kreditgeschäft der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank sehr rentabel. Es zeigt sich zwar auch hier, daß die Einnahmen aus dem Börsen- und Anleihegeschäft von 3,98 auf 3,63 Millionen zurückgegangen sind. Dafür sind die Zinseinnahmen von 3,62 auf 5,10 Millionen und die Provisionen von 6,13 auf 7,01 Millionen gestiegen. Da die Personal- und Sachausgaben von 12,09 auf 13,10 Millionen

erhöht, Steuern dagegen von 1,34 auf 1,18 Millionen zurückgegangen sind, konnte ein von 3,48 auf 4,66 Millionen erhöhter Reingewinn ausgewiesen werden, der für das auf 45 Millionen erhöhte Aktienkapital wieder die Dividende von 10 Proz. erlaubt.

Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank hat zahlreiche Filialen. Man wird annehmen können, daß sie ihre Gewinne in diesem Jahre ziemlich vollständig ausgewiesen hat. Man wird aus ihrer Entwicklung schließen dürfen, daß die Hypothekenbanken im vergangenen Jahre trotz riesiger Ausdehnung des Hypotheken- und Pfandbriefgeschäfts ein relativ erheblich schlechteres Geschäft gemacht haben, als in dem Bilanzjahr 1926 und daß die Kreditbanken ihre Gewinne ebenso stark werden ausschöpfen müssen, wie es die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank scheinbar getan hat.

Für die Volkswirtschaft

Ist es keineswegs unerfreulich, daß die Banken im vergangenen Jahre etwas weniger verdient haben. Man wird es im Gegenteil als ein Zeichen wirtschaftlicher Befundung betrachten dürfen, daß die starke Konjunktur des Jahres 1927 die in der Gesamtwirtschaft vorhandenen Gelder stark von der Börse weggezogen und der Wirtschaft referiert hat. Dadurch wurde die Konkurrenz der Banken verschärft, die Möglichkeiten für andere Gewinne als aus dem laufenden Kreditgeschäft weitgehend beschnitten. Daß aber wohl allgemein die sehr hohen Dividenden von 1926 weitergezahlt werden können, das beweist, daß die Lage der deutschen Privatbanken, im ganzen gesehen, noch immer glänzend ist. Was ihnen an Einnahmen gegenüber früheren Jahren entging, das haben sie an Personalkosten durch Abbau und fortschreitende Mechanisierung eingespart. Die schlechtere Bilanz der Bankkonjunktur wurde also durch eine Verschlechterung der sozialpolitischen Bilanz wettgemacht.

Lernt der Landbund?

„Kauft nur noch, was Ihr bar bezahlen könnt!“

Aus den Reden der „Führer des Landvolks“ am Montag im Zirkus Busch und im Großen Schauspielhaus trat eine positive Forderung hervor, welche der Landbundespräsident Hepp folgendermaßen formulierte: „Liebe Landbundfreunde! Kauft nur noch, was Ihr bar bezahlen könnt! Nehmt keine Kredite mehr!“ Diese Forderung wurde in ihrer Klarheit weniger bejubelt als die gleiche, aber verschleierte Mahnung des Grafen Kauloth, viel weniger natürlich auch als alle politischen Schlagworte und Phrasen, die sich gegen die verhasste Preußenregierung und die noch mehr gehasste Sozialdemokratie richteten, aber sie scheint immerhin anerkannt zu werden.

Aber es scheint nur, daß der Landbund lernt.

Angelpunkt der heutigen Krise ist die landwirtschaftliche Verschuldung. Sieben Milliarden Reichsmark sind als Kredite in die Agrarwirtschaft geflossen, über die Hälfte davon ist spurlos verschwunden. Man kann der Forderung nur zustimmen, jetzt Halt zu machen und die weitere Kreditaufnahme zu stoppen. Aber was dann? Soll nun auch die Betriebsführung umgestellt werden, um die Quellen der Agrarverschuldung zu verstopfen und die heutige Kreditüberschwemmung in zäher Arbeit wieder aus der Agrarwirtschaft abzuleiten? Soll der Agrarbetrieb rationalisiert, die Agrarerzeugung auf gute Einheitsware gestellt (standardisiert) und ihr ein gesunder kaufkräftiger Markt erschlossen werden?

Hier ist der Bruch in der Kreditforderung des Landbundes! Keine der obigen Fragen, die sich einem Anhören der Landbundesparade noch abstoppen der Kreditaufnahme als deren notwendige Ergänzung ganz von selbst aufdrängen, ist von den Landbundesführern mit ja beantwortet worden.

Tiedmann's Sonderangebot
In Frucht- und Südwine
 Wegen Sauberkeit und Haltbarkeit
Weine nur in Literflaschen

Feinster milder Apfelwein, a. Bowis	Liter 0,80
Erstklass. süßer Apfelwein	0,85
Pa. etc. Johannisbeer- u. Stachelbeerwein	1,05
Erdbeer- und Kirschwein, etc.	1,45
Echter Terragona, etc.	1,35
Echter Malaga, etc.	1,60
Prima Wermuthwein	1,85
Erstkl. Santa Lurino u. Insal Samos	1,90
Echter Oporto-Portwein, etc.	2,80

Echter Pepsinwein, für Kranke... Liter 1,30

Feinste Spanische Rot- und Bordeauxweine, die 1. Flasche ohne Glas 1,-, 1,25, 1,50, 2,20, 2,50
 Erstkl. Weißweine: fl. 1,20, 1,40, 1,60, 2,-

Meine Spirituosen, altbekannte Qualität,
 äußerst preiswert.

Lieferung von 10 M. an drei Haus Groß-Berlin.
 Korbflaschen etc. werden geliehen.

Bernh. Tiedmann
 Likörfabrik und Weingroßhandlung
 Zentrale: 017 + Fruchtstraße 5-6.

Berlin O, Königsberg-Str. 1	Berlin N, Brunnenstr. 106
Ecke Rüdigerstr. 106	Ecke Hammerstraße
Berlin O, Fruchtstraße 76	Berlin N, Swinemünd. St. 85
Ecke Lange Straße	Ecke Lortzingstraße
Berlin O, Andreasstraße 4	Berlin N, Kastanienallee 49
Ecke Brauauer Str. 4	Ecke Zionskirchstraße
Berlin SO, Köpenicker Str. 59	Neuk., Hermannstr. 95-96
Ecke Nicolaikirchstraße	Ecke Warthestraße
Berlin O, Frankl. Allee 270	Berlin W, Bülowstraße 48
Am Hauptbahnhof	Ecke Yorckstraße
Berlin SO, Grünauer Str. 6	
Am Grützer Bahnhof	

Neueste Tanzschlager erschienen!

»ELECTROLA«

ZWEI TÄNZE NUR MK. 3,75

VORSPIEL OHNE KAUFZWANG!

ELECTROLA GES. M. B. H.

BERLIN

W. 8 LEIPZIGERSTR. 23 • W. 15 KURFÜRSTENDAMM 35
 FRANKFURT a. M. GOETHESTR. 3 • KÖLN a. M. HOHESTR. 103
 WEITERS AUTORIZIERTE VERKAUFSTELLEN WERDEN BEREITWILLIGST NACHGEWILSEN



Er greift nach der richtigen Tasse!

Sein Geruchssinn läßt sich nicht täuschen.
 Der vollwürzige Kaffeeduft hat ihm gleich die Wirk-
 samkeit von Weber's Carlsbader verraten.
 Mit offenen Augen hätte ihm auch die verlockende
 goldbraune Farbe keinen Zweifel darüber gelassen, daß
 hier die Kaffeebohne mit
»Weber's Carlsbader«
 zubereitet wurde.



Besonders wirksam sind die **billig!**
 KLEINEN ANZEIGEN
 in der Gesamtanfrage
 des »Vorwärts« und

Am Gegenteil hat insbesondere Graf Kaldenbach in scharf abweichender Form

die Betriebsumstellung geradezu abgelehnt.

Sei eine beliebige Forderung der demokratischen Asphaltpresse, jeder Kenner der Agrarwirtschaft müsse jedoch wissen, daß sie nicht verwirklicht werden könne. Es handele sich bei der agrarischen Erzeugung eben nicht um eine beliebig veränderbare mechanische, sondern um eine fest gebundene, menschlichen Einwirkungen nur bedingt zugängliche, organische Erzeugung.

Die Erschließung eines aufnahmefähigen gesunden Marktes für die Agrarerzeugnisse soll nach Landbundauffassung wahrscheinlich durch die geforderte Kündigung der bestehenden Handelsverträge und die hohe Einstufung der Agrarerzeugnisse bei der kommenden großen Zolltarifreform erreicht werden.

Diese an sich vernünftige Parole 'Kauft nur noch, was Ihr bezahlen könnt!' entspringt nicht klarer Erkenntnis der gegebenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern nur der inneren Unsicherheit gegenüber der augenblicklichen gespannten Lage.

Jede Erzeugung wird wertlos, wenn sie nicht dem Verbrauch dient. Andererseits:

Eine gefährdete Erzeugung kann nur über die Sicherung des Verbrauches gefunden werden.

Bei gebundenem Realeinkommen der wichtigsten Verbraucherschichten werden Preisserhöhungen selbstverständlich zu Verbrauchseinsparungen führen und dadurch letzten Endes erzeugungsfeindlich wirken. Wirtschaftlich ist daher die Forderung, die am Montag in den Landbundoersammlungen vorgebracht wurde, die Abgaberegulierung selbst in die Hand zu nehmen und dabei für eine 'angemessene Preisbestimmung zugunsten der Landwirtschaft' zu sorgen.

Der Landbund hat nicht geleert!

Die blinde Henne hat mit dem Ruf: 'Keine Kredite mehr!' nur mal ein Korn gefunden! Preußens so vielgeschmähte Regierung allein hat in ihrem bisherigen Stillsitzen, aber zielbewußten Handeln bewiesen, daß sie eine wahre Agrarpolitik zu betreiben versteht.

Wieder wachsender Güterverkehr.

In der Woche zum 21. Januar ist eine weitere Erhöhung der arbeitsmäßigen Wagengestellung der Reichsbahn von 138 000 auf 139 400 erfolgt.

Tabellarische Uebersicht seit Dezember (in 1000 Stück)		wöchentlich		durchschnittlich pro Aktienmonat	
Woche		1927/28	1926/27	1927/28	1926/27
27. 11.— 3. 12.		985,4	907,2	184,2	151,2
4. 12.— 10. 12.		945,8	881,0	157,6	146,8
11. 12.— 17. 12.		926,0	872,4	154,3	145,4
18. 12.— 24. 12.		794,1	794,7	132,4	132,5
25. 12.— 31. 12.		652,7	602,0	130,5	120,4
1. 1.— 7. 1.	28.	746,1	721,3	124,3	120,2
8. 1.— 14. 1.	28.	827,7	778,1	138,0	129,7
15. 1.— 21. 1.	28.	836,6	790,3	130,4	131,7

Wie die Tabelle zeigt, ist die Steigerung vergleichsweise niedrig, entspricht aber ungefähr der Bewegung, die auch im vorigen Jahre zu verzeichnen war.

Freie Sozialistische Hochschule.

Sonnabend, den 4. Februar, 19 1/2 Uhr im Sitzungsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Gen. Prof. Dr. Alfred Grotjahn: „Bevölkerungspolitik und soziale Frage.“

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3 2. Hof, II. Zimmer 6. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenauer. — Zigarrengeschäft Hirsch, Engelstraße 24-25. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreilindenstr. 5. — „Werkfreunde“ Böckerstr. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission Engelstraße 24-25 (Gewerkschaftshaus). — Verlagsgesellschaft des ADGB, Abteilung Sortiment, Inselstr. 6a.

Dr. Schacht in Florenz!

Aber 90 000 Wohnungen warten allein in Preußen auf ihre Fertigstellung.

Herr Dr. Schacht ist südwärts gefahren. Einige sagen nach Sizilien. Wir meinen zunächst nach Florenz. Aber das ist nicht wichtig. Jedenfalls ist er weg. Was aus der deutschen Konjunktur und insbesondere aus dem deutschen Wohnungsbau wird, darüber nachzudenken ist unter dem blauen Himmel Italiens keine angenehme Sache. So wird Herr Schacht es wohl unterlassen.

Jedenfalls: Allein in Preußen warten 90 000 angefangene Wohnungsbauten auf ihre Vollendung. Und das Geld fehlt. Es kann auch nicht beschafft werden, weil auf die Hauszinssteuerermittel der nächsten Jahre von den erbauenden Städten schon vorgegriffen werden mußte, dank jener famosen Auslandsanleihepolitik, von der Herr Reichsbankpräsident Schacht jetzt unter Balken und Dächern ausruht. Reichsministerien und preussische Regierung möchten um jeden Preis Zuspitzungen auf dem Baumarkt verhindern. Aber den Kommunen zieht die Beratungsstelle die Gewährung der langfristigen Konsolidierungsanleihe immer weiter hinaus, und die Sparkassen und Hypothekendarlehen können nicht leisten, was sie sollen. So ist es höchstwahrscheinlich, daß in der Tat vom Baumarkt aus die Konjunktur die schwerste Gefährdung erfahren wird. Und obwohl sich die Regierungen darüber einig sind, unter allen Umständen auf Auslandsanleihen zurückzugreifen, wenn es nicht anders geht, wird voraussichtlich nichts geschehen; denn Herr Schacht ist auf lange Wochen in Florenz, vielleicht bald auch in Sizilien.

Wer da hat, dem wird gegeben.

Fette Pfründen bei Brauereien. — 1 Million in 2 Jahren.

Dst genug haben wir auf die Verschwendung hingewiesen, die von Betriebsunternehmern bei der Zahlung von Direktoren- und Aufsichtsratsanteilen getrieben wird. Ein besonders trauriger Fall wird uns aus Dortmund bekannt. In den Säugungen der Dortmunder Aktien-Brauerei ist für die zwei Direktoren eine Lantenne bis zu 15 Proz. des Reingewinns festgelegt und für die sieben Aufsichtsratsmitglieder eine Lantenne von 15 Proz. des Reingewinns nach vorherigem Abzug einer vierprozentigen Aktionärsdividende.

Ein Bild auf den Gewinnsummen zeigt, welche niedrigen Summen 'jahungsgemäß' in die Taschen der Verwaltung fließen. Für 1925/26 wurden 2,08 und für 1926/27 rund 2,15 Millionen Mark Reingewinn ausgeschüttet, so daß die neun Direktoren und Aufsichtsräte in den beiden letzten Jahren eine Million (!!) Lantennegelder einsteckten.

Dieser Lobat war sogar der 'Deutschen Bergwerkszeitung' zu stark. Sie gibt daher die empörte Aufschrift eines Aktionärs wieder, in der behauptet wird, die Dortmunder Aktien-Brauerei buche die Lantennen sogar noch vorweg auf Unkosten ab, weil die Verwaltung ein Interesse daran habe, daß diese Summen der Öffentlichkeit nicht bekannt würden. Diese Bemerkung ist schon deshalb sehr pikant, weil die Unternehmer bei jeder Gelegenheit auf das hohe Unkostenkonto hinweisen, was dann auch von der bürgerlichen Presse gebührend hervorgehoben wird. Doch außer diesen Lantennen die Direktoren noch ein festes Gehalt beziehen, brauchen wir unseren Lesern nicht erst zu sagen und daß auch bei den Aufsichtsräten durch feste Bezüge von 1500 bis 3000 M. für eventuelle 'schlechte Jahre' vorgesorgt ist, versteht sich von selbst.

Erläuterungen zu solcher Geldverschwendung erübrigen sich. Auf den Aktienmarkt wegen der Wiedereinführung der Gemeindegewerbesteuer werfen diese Dinge ein interessantes Licht. Aber auch die Berliner Brauer werden sich noch gut entsinnen, mit welchen Mitteln das Brautapital ihre Lohnbewegung im November zu zerlegen versuchte, weil höhere Löhne von den Unternehmern als 'untragbar' erklärt wurden.

Kirchenanleihen gefährden den deutschen Kredit. Wir haben kürzlich über eine Kirchenanleihe des Bistums Ermland von 600 000 holländischen Gulden berichtet. Es wird gemeldet, daß diese Anleihe bereits seit September in Holland zur Zeichnung auslag, aber ohne genügenden Erfolg. Wenigstens 400 000 Gulden scheinen übriggeblieben zu sein. Diese wurden Anfangs Januar — für die holländische Desinteresseiertheit unerkennbar — als neue Anleihe wieder angeboten. Dabei wurde der Zinsfuß von 7 auf 8 und der Zeichnungspreis von 88% auf 99 Proz. heraufgesetzt! Dennoch ist die Anleihe auch bis heute noch nicht voll gezeichnet worden, und von neuem läßt das holländische Bankhaus zur Zeichnung ein. — Wir haben uns bisher immer gegen die Ungerechtigkeit gewandt, daß Kirchenanleihen ohne Kontrolle bleiben, weil zweifellos die Produktivität in Frage zu stellen ist. Sehr erweisen sie sich aber auch noch als eine schwere Schädigung des deutschen Kredits. Ist das noch immer kein Anlaß, die Kirchenanleihen unter schärfere Kontrolle zu nehmen?

Die Berlin-Gubenener Hutfabrik U. G. hat ihren Umsatz im Jahre 1927 wieder beträchtlich gesteigert, und es wird ein 'angemessenes Erträgnis' angekündigt. Seit einigen Jahren liegt das 'angemessene' Erträgnis bei 16 Proz. Dividende.

15 Proz. Generalabfindung für Pfandbriefgläubiger. In einer Aufsichtsratsitzung der Preussischen Bodenkredit U. G. wurde beschlossen, den Weg der Teilausschüttung zu beschreiten. Den aufzuwertenden Pfandbriefgläubigern wird ein Generalabfindungsangebot in Höhe von 15 Proz. gemacht werden.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 3. 2. 28 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 7 1/2 Uhr **Carmen**

Freitag, 3. 2. 28 Städtische Oper Bismarckstr. 11. — 10. III. Ab. 7 1/2 Uhr **Zauberflöte**

Itali. Schauspiel. Am Lindenmarkt 7 1/2 Uhr **Der Kaufmann von Venedig**

Staatl. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr **Ende gut alles gut**

Großes Schauspielhaus Anfang 8 Uhr Ende 11 Uhr

REGIE: **CHARELL**

DOMPADOUR MASSARY

Samstag um 3 Uhr halbe Preise

Piscatorbühne (Theat. u. Holländerplatz Kurfürst 2091/93) Täglich 8 Uhr

Die Abenteurer des braven Soldaten Schweik mit Max Pallenberg insz. Erwin Piscator

Rose-Theater 10, Uhr **Der Pfarrer von Kirchfeld**

Deutsches Theater Neue Forderungsschül. Norden 12 3/10 (Sammelnummer) 7 1/2 U. Zum 1. Male **Robert Emmet** Schauspiel von Wolfgang Goetz Regie Heinz Hilpert

Kammerspiele Neue Forderungsschül. Norden 12 3/10 (Sammelnummer) 8 U. Ende nach 10 **Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?** Worgen austraktant!

Die Komödie Bismarck 2414-7816 7 1/2 U. Ende nach 10 Zum 1. Male **Marcel Fradelin** Schauspiel von Goussier und Birbaum. deutsch von Bruno Frank Regie: Werner Lottlage.

Berliner Theater Direktion Kühnert, Charlottenstr. 10 11. 1008. 110 8 1/2 Uhr **Max Adalbert** als Der Herr von ...

"Schönes Haar jedes Jahr!"



Schwarzkopf-Schaumpon
Auf „Schaum“ kommt es an!

Verehrt und bewundert werden hier beide, die Blonde und die Dunkle. Denn beide haben schönes Haar — weiches, seidiges, lockeres Haar! Mädels, erhaltet Euch Euer schönes Haar! Wascht es jede Woche mit dem milden Schwarzkopf-Schaumpon. Weiße Packung 20 Pfennig; „Extra“-Packung mit Dauer-Parfüm 30 Pfennig. (Sorte „hell“ für blondes, Sorte „dunkel“ für dunkles Haar.)

Volksbühne
Theater am Köpenickerplatz 11. am Schiffbauerdamm 8 Uhr **Hinkemann** **Schleber des Rubins**

NEUE WELT
Arnold Scholz
Hasenheide 108-114

Großes Bockbierfest
in den bayr. Alpen und **Berliner Turnerschaft**
7 Kapellen. Neue Dekorationen **30 bayr. Madeln**

8 1/2 Komische Oper 8 1/2
Neuartiges Revue-Stück **Alles Nackt!**
(Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu“) 200 Mitwirkende Original-Pariser Kostüme Parkett 3,30 Mk. Theaterkasse ununterb. geöffnet.

Renaissance-Theater
Steinplatz 901 8 1/2 Uhr **Coeur Bube.**

SCALA
Nollendorf 740b. **Albertina Rasch-Girls**
im Rahmen des großen **Variété-Programms!**
Sonnabends u. Sonntags **je 2 Vorstellungen**
3 1/2 u. 8 Uhr — 3 1/2 u. ermäßigtes Preisen das ganze Programm.

Theater des Westens Täglich 8 Uhr: **Münchhausens letzte Liebe** Wirt, Bergmann, Kärry, Schulz, Albu

Lastspielhaus 8 1/2 Uhr Guido Thielscher **„Der Geschäftsaufsicht“**

Th. im Admiralspalast Tägl. 8 1/2 Uhr **HALLER-REVUE** „Wann und wo“

CASINO-THEATER 8 Uhr Lothring. Str. 37. **Die spanische Fliege.** Ausscheiden: Gutschein 1—4 Pers. Faustul nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

Reichshallen-Theater 8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 Uhr. **Stettiner Sänger** „Nacht & Schenke“ nachm. halbe Preise. **Dönhoff-Breit's** Kabarett, Variété, Konzert, Tanz.

Walhalla-Th. 8 Uhr Weinbergweg 19/20 **Eine Liebesnacht** Operettenschwank **Loay Pyrmont** in der Hauptrolle Vorzeiger dieses Stückes auch Sonntags statt 1.— Mk. nur 60 Pf. — Sonntag, nachm. 4 Uhr **Die Puppenfee** Parkett v. 30 Pf. an.

Arminstraße, Kommandantenstraße 38-39. Freitag und Sonntag großer Ball, Freitag Eintritt 30 Pf. mit Ueberraschungen. Damen bis 9 Uhr frei.

Wintergarten 8 Uhr **Das gr. neue Programm!** Rauchen gestattet!

Kleines Theater Täglich 8 Uhr **Erika Gläuser in Greichen** Für Jugendliche nicht geeignet Sonntag nachm. 4 U. halbe Preise **Erika Gläuser** in **Lissy die Kokotte**

Metropol-Th. Täglich 8 Uhr **„Die schöne Helena“** Operette, O. Lenbach insz. Lütjens, Karmel, Tann, Gern, Rosen. Sonntag 1 1/4 Uhr Kleine Preise **Gräfin Maritza** Operette v. Kailmau

Umsonst haben Sie sich mit allen möglichen Ummantelungen zu versehen gegen Ihren Gatten abzugeben Sie unter

Bexalit auch nicht konnte. Best kann Ihnen das nicht mehr passieren. Sie holen sich ein Glas in der nächsten Apotheke eine Flasche **Bexalit**. Bereit in Apotheken, Geschäften, Drogerien, **Ötto Stimpf A. G. Chemnitz.**

Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Straße 6. Täglich 8 Uhr **Elite-Sänger** Februar in großer Form! Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr: **Große Familien-Vorstellung** (ungekürzt). Volksp. 0,40, 0,75, 1.—, 1,25, 1,50, 1,75 Mk.

Sittlich-geistes. Die. Künstler. Th. 8 Uhr: **„Evelyne“** — Essing-Theater 8 Uhr: **„Rose Bernd“**

Planetarium am Zoo Freitag, Jubiläum: Stern. Noil. 1926. 10 1/2 u. 21 Uhr **Der Sternhimmel der Heimat** 18 Uhr **Reise z. Äquator** — 19 1/2 Uhr **Im Reiche der Winternachtssonne** Eintritt 1 M. Oster est. 15 Jahre 0,50 D.

Residenz-Theater Heute 8 1/2 Uhr **Karusell** Morgen 8 Uhr: **Premiere** **Frühling am Rhein** Operette 3 Akt. mit Paul And. Franzmann, Tilly Wauer, E. Las Pique, Fred Lottlage.

Funkelheimer halbe Preise!

Thalia-Theater 8 U.: Das Kamel geht durch das Badelohr

Inserieren bringt ERFOLG!

Der lebende Leichnam.

Von Icha Icha.

Der mir die Sache erzählte, hieß allgemein der Scheppe Andres. Deshalb gehe ich dem Schuppen Andres am besten gleich selbst das Wort:

„Also wir hatten die Leichenhalle auf dem Sachsenhäuser Berg ungedeckt. Schließlich ist so eine Arbeit gerade keine Beschäftigung, nach der man sich sehnt oder gar drängt. Räumlich: da oben wurden alle Selbstmörder hingetragen. Wer im Rain gefunden wurde, wer im Stadtwald an einem Baum sein Leben ausgehaucht hatte, alle kamen sie in die Sachsenhäuser Halle. Es sah da nicht gut, und diese Fillegen trieben sich da auch umher.“

Andres sog ein paar mal an seinem Klöbchen: „Ja — also dahin, dahin sollten wir gehen. Na — es war immer noch besser, als einen Lotomatioschuppen umdecken. Wir hatten einen bei uns, der wurde nur der Scheele Philipp genannt. Er hieß eigentlich Philipp Born. Er war so eine Art Gelegenheitsarbeiter, den die Polizei klopfen ließen, wenn Rot am Mann war. Er trug Schiefer im Aktord, rief auch mal beim Umdecken mit ab.“

Über niemand wollte sonst mit ihm was zu tun haben. Er saß wie ein Poch, noch mehr als seine Aste, die Krakeel-Marie genannt.

Kurz, mit dem gingen wir zur Leichenhalle. Er hatte die ganze Nacht durchgetrunken, war also schon derb duselig.

Wir hatten „Bild“, es lagen drei Selbstmörder da. Tags zuvor war eine Leiche eingeliefert worden, die die Polizei an einem Eichbaum baumelnd gefunden hatte. Sie wußten nicht, woher sie kam — keine Papiere, nichts zeigte, was Name und Art.“

„Konntet Ihr denn das so sehen?“

„Freilich — die ganze Halle war ein einziger Raum. Nur oben war ein sogenannter Boden abgeteilt, wo die Kleider der Lebensmüden abgelegt wurden.“

„Also so — der Scheele Philipp flüchtete, während wir anderen die alten Schartecken abtriften, in diese Garderobe, kam nach einigen Minuten ganz glücklich wieder hervor und jubilierte:“

„D — du — dem Gebenkten haben sie eine Klust abgenommen, tipptopp. Gestreifte Hosen und schwarze Weste nebst Rock. Du — die heißen Philipp.“

„Menschenskind,“ schrie ich, mehr als ich es sagte: „Du wirst doch die Kleider eines Gebenkten nicht anziehen wollen?“

„Warum denn nicht? Wenn ich solche Brocken gehabt hätte, sag ich nicht da unten. Der Schofotopj — mit solcher Schale aufkammeln. Rec.“



„Nun muß ich erst den Scheele Philipp noch schildern. Der hatte nämlich nie ganze Klodusen an. Der sah alles in Alkohol um — mal ein paar anständige Hosen kaufen, das gab's nicht. Daß dem die dusste Schale da drinnen in der Nase steckte, war klar.“

„Du läßt das Zeug hängen, verkehrst?“ schimpfte ich. „Wir mollten keinen Toten berauben.“

„Quatsch — der kann auch mit meinem Zeug in die Ewigkeit marschieren.“

„Also du läßt die Finger davon,“ stoppte ich die Debatte. „Wir rissen den ganzen Tag die eine Seite ab, deckten sie mit Poppe ab und gingen heim.“

Andres brachte seinen Rauchapparat wieder in Gang, spuckte kräftig aus, dann stachte er einmal recht derb und fuhr fort:

„Was meinst du? Der Philipp kehrt doch wieder um, flüchtet nach Feierabend wieder in die Leichenkammer, zieht sich die guten Kleider an, steckt seine in den Sack Nr. 133, es war die Nummer dessen, der da unten lag, um rekonstruiert zu werden, und spazierte dann wie ein armer Herr los in die Stadt.“

„Donnerwetter, das war ein starkes Stück,“ sagte ich.

„Nun sag mal auf, das dicke Ende kommt noch. Am anderen Morgen stehen wir in der Werkstatt, wer nicht kommt, ist Philipp Born.“

„Wo steht denn das Sumpshuhn?“ schimpfte der Alte. „Der geht heute wo anders hin — es muß Schiefer getragen werden.“ Aber wer nicht zu sehen war den ganzen Tag, war der mit den Klodusen gestreiften Hosen.“

Nun war folgendes passiert: Er war abends noch verhaftet worden. Der, dessen Anzug er trug, war ein wegen Unterschlagungen steckbrieflich gefangener Bankbeamter. Die gestreifte Hose, der schwarze Anzug hatten ihn verraten, sie verhafteten unseren Philipp vom Fleck weg, der war schon so im Tran, daß er noch nicht mal seinen Namen mehr wußte. Die Freude über die neue Klust hatte ihn ganz aus dem Häuschen gebracht.

So sah er also im Polizeipräsidium, schloß seinen Kauf aus, wurde als der Bankbeamte Konrad Bürger eingetragen, bis am Nachmittag seine erste Vernehmung war. Aber da war schon folgendes passiert: Seine Frau war, da er bis morgens nicht nach Hause kam, er also schon zwei Nächte fehlte, in die Werkstatt gestürzt und erfuhr dort, daß er auch hier nicht war, sie maßerte ihn daher bei der Polizei als verschollen an. Goh genau an, was er für Klodusen auf dem Feld trug, ging dann heim und machte sich wenig Sorgen.

Nach zwei Stunden schon kam ein Polizeimensch: „Wir haben Ihren Mann gefunden,“ sagte er; aber mit einer Miene, die nichts Gutes verriet.

„Wo hat er sich den rungetrieben, der Schubiat, die Schnapsbude?“ fragte sie.

„Liebe Frau, ich habe Ihnen eine sehr schmerzliche Mitteilung zu machen.“

„Na nu — hat er was ausgefreffen? Goh, es war eine Hauserel?“

„Rein — er hat sich das Leben genommen — er ist im Stadtwald von einem Eichbaum abgehängt worden.“

„So ein Feigling, so ein... na, und wo ist er denn jetzt?“

„Er liegt auf dem Sachsenhäuser Berg in der Leichenhalle und schlafert die Ewigkeit zu.“

„Er ist tot? Also hat er sich doch den Hals abgehängt, ich hab es ihm immer prophezeit, daß er mal den Hals riskiert.“

Sie machte ein resolutes Gesicht:

„Na, da will ich mir mal gleich von der Ortrankenkasse das Sterbegeld holen, ich hab keinen Pfennig im Haus.“

Der Polizeibeamte war entsetzt über die Gleichgültigkeit, er



verschwand so schnell wie möglich, und die Frau kaufte sich (richtiger borge sie) eine schwarze Bluse und Tuch; auf der Ortrankenkasse bekam sie natürlich auf den Schein hin Geld, 85 Mark bar. So viel hatte sie noch nie auf einmal gehabt. (Schluß folgt.)

Wie die Alpen entstanden.

Die Katastrophe zweier Erdteile.

Im allgemeinen hat die Geologie früher die Entstehung von Gebirgen auf Faltungsprozesse in der erstarrenden Erdrinde zurückgeführt. Wie die Haut eines lange liegenden Apfels runzlig wird, so — dachte man — hat sich bei allmählicher Abkühlung des Kerns auch die Haut der Erde in Runzeln und Falten gelegt. Hat man doch die 9000 Meter, die noch nicht einmal ganz die höchsten Spigen des Himalaja-Gebirges erreichen, als nicht viel bedeutender für den Erdball anzusehen, als einen kleinen Radeffisch, der die Haut laum durchdringt. Diese alte und lange Jahre hindurch unbedingt gültige Theorie hatte jedoch ihre Faken. Bei der fortschreitenden geologischen Durchforschung der Erdoberfläche stellte sich heraus, daß jene Anschauung denn doch vielleicht ein wenig zu primitiv sei. Sicher war die Erde, schon ehe es noch Gebirge, wie das Himalaja-Gebirge oder die Alpen gab, die übrigen weit aus jünger sind, als etwa der Harz oder die Thüringer Berge, schon viel zu weit abgeflacht, als daß sie noch Abkühlungskontraktionen hätte unterworfen sein können. Die stark genug gewesen wären, um Gebirge von jener Art durch Faltungen der Erdoberfläche aufzutürmen. Dazu kommt, daß man für die letzten geologischen Erdalter — etwa für Trias, Jura, Kreidezeit, Tertiärzeit, Diluvium und Alluvium — Veränderungen der Gestalt der Kontinente festgestellt hat, die noch mehr zu denken

geben. Im Verlaufe dieser jüngeren geologischen Zeitalter müssen sich dann jene früheren Kontinente, etwa der märchenhaft gestaltete „nordatlantische Kontinent“, auf dem Mitteleuropa lediglich aus einer schmalen Halbinsel besteht, die sich etwa von der Gegend, wo jetzt Breslau liegt, über Krakau einerseits, München, Nürnberg andererseits, bis in die Gegend Basel—Sedan und eine unwahrscheinlich gestaltete Nordsee hinein erstreckte, und etwa der „skandinavisch-germanische Kontinent“ gegeneinander verschoben haben. Derartige Verschiebungen, verbunden mit tiefenhaften Umgestaltungen der Kontinente, die man demnach in der Tat als gewaltige schwimmende Erdplatten anzusehen hätte, müssen sich mehrfach vollzogen haben.

Diese Vorstellung, die, wie gesagt, gut fundiert ist, hat dazu geführt, die Entstehung der Alpen auf den Zusammenstoß zweier großer Kontinenten zurückzuführen, die horizontal von Süden und Norden her gegeneinander gestoßen sind und unter teilweiser Zersplitterung einer dazwischenliegenden plastischen Zone schwächeren Widerstandes ihre Massen mannigfaltig ineinander verteilten. Es ist dies die sogenannte Dedenthorie der modernen Geologie, die allerdings noch bestig umstritten wird.

Der Geologe Dr. A. Staub widmete seine Züricher Antrittsvorlesung dieser Theorie, die er von dem Gesichtspunkt des Bewegungsvorgangs in der modernen Geologie behandelte. Er machte insbesondere darauf aufmerksam, daß die Anerkennung dieser Theorie nur nach Lösung einer ganzen Reihe anderer Probleme erfolgen könne. Es erhebt sich im Hinblick daran beispielsweise die Frage, ob die hier auf die Entstehung der Alpen angewandte Theorie auch bei ihrer Anwendung auf die übrigen Gebirge der Erde ihre Bestätigung findet. Dr. Staub glaubt diese Bestätigung in mehreren wichtigen Fällen bereits gefunden zu haben. Auf jeden Fall setzt sich noch seiner Anschauung der sogenannten „Deckenbau“ der Alpen im Apennin und auf Korsika fort. Ferner glaubt er auch in den Karpaten einen höchst umfassenden Deckenbau nach Analogie der Alpen sehen zu dürfen. Für den Himalaja haben englische Expeditionen neuerdings Tatsachen berichtet, die auch für das Gebirge eine entsprechende Entstehung wahrscheinlich machen. Andere ähnliche Erscheinungen zeigen sich auf Sumatra und Borneo. Inzwischen hat man übrigens auch versucht, die älteren Gebirge der Erde nach dem entsprechenden geologischen Schema aufzulösen und hat mit diesen Versuchen bereits bei verschiedenen alten Gebirgsketten Deutschlands und Skandinaviens Erfolg gehabt. Auf jeden Fall — so meint Dr. Staub — darf man unter diesen Umständen wohl eine allgemeine Vertikalisierung der Kontinente als Tatsache ansehen.

Man braucht sich die Weisheit dieser Forschungsart nur oberflächlich zu vergegenwärtigen, um zu erkennen, welche unechte Schwierigkeiten ihrer Durchführung entgegenstehen. Handelt es sich doch nicht nur darum, einwandfrei im Einzelnen festzustellen, ob eine Gebirgsbildung aus dem Begegnen zweier Kontinente zu erklären ist — diese Erklärung ließe sich unter Umständen schon an dem Ergebnis des Zusammenstoßens zweier Eisblöcke ableiten. Es handelt sich vielmehr darum, auch die Zusammenhänge der verschiedenen Kontinentbildungen zu klären, festzustellen, wo und unter welchen Umständen die Ränder alter Kontinente aufeinander gestoßen sind, und es handelt sich schließlich auch darum, durch einmalige anders geartete Erscheinungen, die ja neben und trotz den Deckenbaugebilden möglich sein können, sich nicht das Urteil trüben zu lassen. Auf jeden Fall wird man dieser Deckentheorie und dem Problem der Kontinentbewegung in der modernen Geologie größeres Interesse widmen müssen, da die daraus zu erwartenden Erkenntnisse nicht nur von äußerster Wichtigkeit für die Geschichte unserer Erde sind, sondern auch für Bergbau, Tunnelbau usw. von hoher praktischer Bedeutung werden können.

Eine „fliegende Eisenbahn“.

Stundengeschwindigkeit von 350 km.

Das österreichische Bundesministerium für Handel und Verkehr hat jenen einer technischen Neuerung, die geeignet ist, auf den Eisenbahnverkehr revolutionierend zu wirken, die Baugenehmigung erteilt. Es handelt sich um eine „fliegende Eisenbahn“ in des Wortes wahrster Bedeutung, denn diese neuartige Eisenbahn wird sowohl eine Eisenbahn wie ein Flugzeug sein, allerdings ein Flugzeug ohne Flügel. Diese Flügel werden dadurch ersetzt, daß das Flugzeug als Hängeeisenbahn gebaut ist, also gleichsam an einem Seil aufgehängt ist, durch das es nicht nur getragen wird, sondern durch das auch seine Richtung bestimmt wird.

Dieses Flugzeug unterscheidet sich, wie man aus dieser Darstellung erkennt, von den bisherigen Flugzeugen dadurch, daß es nicht eine bestimmte Richtung durch die Luft nehmen kann, sondern an die Seilschienen gebunden ist, mit deren Hilfe es durch die Luft befördert wird. Diese neuartige technische Konstruktion ist also ein Mittelglied zwischen Hängebahn und Flugzeug oder Luftschiff und eine Verbesserung der bisherigen Hängebahnen. Man kennt die Seilschienenbahnen schon längere Zeit. Bei ihnen allen handelt es sich aber um die alten bekannten Systeme, bei denen die Schienen durch Seile ersetzt sind. Die neue „fliegende Hängebahn“ wird nach neuen Grundrissen erbaut. Die Ingenieure der Unternehmer Zebemeyer u. Schöner haben nämlich in der richtigen Erkenntnis, daß ein torpedoartiges Luftschiff in der Form der „Zeppelin“ oder ein ähnlicher torpedoartiger Flugzeugkörper eine gewaltige Geschwindigkeit anfangen müßte, wenn er an Seilen bewegt werde, den Plan gefaßt, an Stelle der bisher üblichen Eisenbahnwagen und Beförderungsmittel Stahltorpedos zu verwenden, die völlig in der Art der Luftschiffe oder Flugzeuge bewegt werden. Ihre Fortbewegung erfolgt nämlich mit Hilfe von Propellern, die durch Motore angetrieben werden. Die Form der neuartigen Eisenbahn ist an die Form der Luftschiffe angelehnt. Auch ein großer Teil der Flugzeuge hat bekanntlich bereits Flugzeugkörper, die in geschlossener Art mit Torpedos Ähnlichkeit haben. Die Eisenbahnwagen werden demgemäß auch metallene Torpedos sein und derartig geräumig, daß in jedem Torpedo ungefähr 100 Personen Platz finden werden.

Bei der Berechnung hat sich ergeben, daß die mit Propellern betriebene fliegende Eisenbahn eine Stundengeschwindigkeit von 350 Kilometern erreichen kann. Dadurch ist die Eisenbahn besonders geeignet, den Verkehr zwischen großen Städten und ihrer weiteren Umgebung zu bewerkstelligen, denn es wird dadurch möglich sein, aus entfernten Vororten oder Erholungstädtchen

in wenigen Minuten nach der Arbeitsstätte zu gelangen. Die erste „fliegende Eisenbahn“ wird darum auch von Wien aus nach nahegelegenen Badeorten des Neuliedlerters geführt werden und wird folgende Strecke befahren: Wien—Unterwalders—Eisenstadt—Kufst. Auf diese Weise wird eine Verbindung zwischen der Hauptstadt Wien und den Badeorten des Krassfelderlandes geschaffen, durch die in ungefähr 15 Minuten die Strecke durchfahren wird. Die Bedeutung der Eisenbahn für die Wiener Bevölkerung liegt auf der Hand, da den Wienern dadurch die Möglichkeit gegeben ist, das Wochenende in friischer und reiner Luft zu genießen und auch an jedem Wochentage nach der Arbeit in wenigen Minuten in diese Luftkurorte zu gelangen.

Auch für andere Hauptstädte würden derartige Eisenbahnen von größter Bedeutung werden, denn mit Hilfe dieser fliegenden Torpedos könnte man z. B. von Berlin nach Swinemünde in nicht viel mehr als einer halben Stunde gelangen. Man wird darum der Durchführung dieses kühnen Bauplanes, die bereits in diesem Jahre erfolgen soll, mit großem Interesse entgegensehen, da es sich um eine Neuerung handelt, die nicht nur in eisenbahntechnischer Hinsicht von größtem Interesse ist, sondern auch in volksgesundheitlicher.

Die ungenormte Nähmaschine. Unzweifelhaft ist die Nähmaschine diejenige Maschine, die am weitesten verbreitet ist, und weil sie so verbreitet ist, haben wir eine Unmenge verschiedener, wohl auch überflüssiger Typen. Den unglücklichen Besitzern einer solchen Maschine ist es dadurch sehr erschwert, Ersatzteile leicht und schnell zu beschaffen. Kürzlich hat sich innerhalb des deutschen Normenausschusses ein Normenausschuß für Nähmaschinen gebildet. Er beabsichtigt nicht, eine Einheitsnähmaschine zu schaffen, was unseres Erachtens immerhin wünschenswert wäre, sein Ziel ist aber, wenigstens die jetzt bestehenden unmettigen Mannigfaltigkeit vieler Einzelteile auf einige Sorten zu beschränken. Wie notwendig dies ist, zeigt allein die Tatsache, daß es zurzeit für Nähmaschinen mehrere hundert verschiedene Sorten gibt, die sehr häufig nur ganz geringe Unterschiede in der Ausführung aufweisen und die Reparatur der Groß- und Kleinhändler stark belastet. Da nun nach langer Zeit die Ersatzteile für die vielen im Gebrauch befindlichen Nähmaschinen geliefert werden müssen, so wird naturgemäß die Normung der einzelnen der Ersatzteile nur recht langsame Fortschritte machen und es ist fraglich, ob nicht dem Interesse der Verbraucher besser und schneller damit gedient wäre, wenn man gleich ganze Arbeit machen würde und nur eine geringe Anzahl Typen Nähmaschinen, selbstverständlich mit austauschbaren Teilen, sich zu schaffen bemühte.

Landbundgeschrei im Landtag.

Aber die Linke nimmt es nicht ernst.

Der Landtag trat gestern nach kurzer Pause wieder zusammen. In der Tagesordnung protestierte Abg. Dr. Körner (DfP.) unter heftigen Ausfällen auf die Mehrheit des Fememord-Untersuchungsausschusses dagegen, daß nach den bekannten Standpunkten die Vernehmung des Abg. Busse abgelehnt wurde.

Der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Emden wurde in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf begann das Haus die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger:

Die deutsche Landwirtschaft ist der wichtigste Abnehmer der deutschen Industrie. Von den Produkten der chemischen Industrie verbraucht die Landwirtschaft jährlich für eine Milliarde Mark, 800 Millionen gibt die Landwirtschaft jährlich für neue Geräte und Maschinen aus, 750 Millionen für Brennstoffe, 500 Millionen für Futtermittel. Kein Zweifel, daß ein ungeheures allgemeines wirtschaftliches Interesse am Wohlergehen der Landwirtschaft besteht. Eine besonders schwere Schädigung für die deutsche Landwirtschaft ist die überproportional große Einfuhr ausländischer Lebensmittel im Betrage von fast 3,5 Milliarden Mark. Die Annahme, daß Deutschland dies alles selbst erzeugen könne, ist zwar irrig; aber das Problem, einen möglichst großen Teil dieser Einfuhr entschädlich zu machen, ist das Kernstück der deutschen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik. Geben wir doch für die Einfuhr von Eiern soviel aus, wie wir aus der Ausfuhr von Farben erlösen, und der Betrag unserer Apfelsineneinfuhr ist so groß, wie unsere gesamte Ausfuhr an Motoren und Dampfmaschinen. (Hört, hört.) Das preussische Landwirtschaftsministerium hat unausgesetzt daran gearbeitet, die landwirtschaftliche Produktion auf allen Gebieten zu steigern. Es ist freilich viel leichter, in einer unverantwortlichen Landbundversammlung die preussische Regierung herunterzureißen, als in verantwortlicher Ministerstellung für die Landwirtschaft etwas Praktisches zu leisten. (Sehhafter Beifall links.) Immerhin stelle ich fest, daß für Meliorationen und für landwirtschaftliche Zwecke überhaupt das verarmte Preußen nach Krieg und Revolution mehr getan hat, als das reiche Königreich Preußen vor dem Krieg je geleistet hat. (Sehhafter Beifall links.) Wir machen nur von unseren Leistungen nicht so viel Geschrei wie der Landbund, der mit großer Geistes einmal das Hüftwort der deutschen Landwirtschaft angeklüppelt hat, von dem man selbst nie wieder etwas gehört hat. (Sehr gut links.) Besonders erschwerend für die Fortentwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes ist der große Kapitalmangel. Wir werden wie bisher auch in Zukunft die Landwirtschaft möglichst mit Kredit unterstützen, aber wir brauchen eine Drahtsicherung von unten auf zur Kontrolle darüber, wer die Mittel des Staates bekommt. (Sehr gut links.) Die Siedlung wird hoffentlich in Zukunft wesentlich rascher vorwärts getrieben werden können als bisher. (Beifall links.)

Abg. Wittich (Soz.):

Das laute Geschrei über die Not der Landwirtschaft beruht auf einer Tatsache: der preussische Großgrundbesitz ist moribund und ausschüttelt, wie es die preussische Monarchie im November 1918 war. Wenn wir länger zusehen, besteht die Gefahr, daß der gesunde Bauernstand mit in den Abgrund gezogen wird. Die Sozialdemokratische Partei hat in ihrem Agrarprogramm die Erkenntnis klar ausgesprochen, daß das Gedeihen der Landwirtschaft eine Voraussetzung für den Wohlstand des arbeitenden Volkes ist. (Warm und lauten rechts.) Trotzdem nimmt der Landbund, um von den Plagiaten der Deutschnationalen in der Reichsregierung abzulenken, die Sozialdemokratie als Prägelmaden in Anspruch. Ein Todfeind der Republik, verlangt er von der Republik weitzu-

gehende Unterstützung, nicht für die Landwirtschaft, sondern für den Großgrundbesitz. Denn der Großgrundbesitz herrscht allein im Landbund, und der Bauer ist dort nur Staffage und Stimmvieh. (Große Unruhe rechts.) Von den mitleidenden kleinen Bauern aus der Eifel, dem Hunsrück, dem Eichsfeld, der Rhön und dem Westerwald war auf Ihren Landbundparaden kein einziger anwesend. (Sehr gut links.) Auf Heller und Pfennig hat der preussische Landwirtschaftsminister dem Landbund vorgezogen, wiewohl mehr die gegenwärtige preussische Staatsregierung an Geld für die Landwirtschaft hergeben hat als die Rechtskoalition im Reich. Trotzdem wird Herr Schiele vom Landbund gefeiert und Herr Dr. Steiger beschimpft.

Wie stimmen mit Herrn Dr. Steiger keineswegs reiflos überein; aber wir danken dem Minister für seine anerkannte Haltung und für seine praktische, tatkräftige Förderung der Bauernkraft. (Bravo! links.)

Die Deutschnationalen haben den Bauern goldene Zeiten versprochen, wenn nur recht rasch die Zwangswirtschaft aufgehoben würde; sie haben ihr Versprechen wiederholt, für den Fall, daß der Zolltarif zustande käme. Aber nur 60 000 Großgrundbesitzer haben mit Hilfe des Zolltarifes ihre bequeme und wirtschaftlich wertlose Existenz weiter erhalten können. Der deutsche Bauer hat keinerlei Nutzen davon gehabt. Darüber soll ihn das große Geschrei und die laute Drohung mit einem Bauernaufstand hinwegtäuschen. Aber keiner der Landbundführer sagt, wie er den Bauern wirklich helfen will. Das Rotprogramm des Landbundes sieht aus, als hätte es jemand verfaßt, der in den nächsten Tagen in eine Kaltwasserhellanstalt eingeliefert werden muß. (Heiterkeit.) Es fordert zunächst die absolute Grenzsperrung für landwirtschaftliche Produkte. Als ob das wirtschaftspolitisch überlegbar und durchführbar wäre! Dabei gibt es ganz andere praktische Wege planmäßiger Preisregulierung durch den Staat. Die beste Bekämpfung überflüssiger Einfuhr ist die rationell systematische Vertriebswirtschaft. Das Landbundsprogramm fordert Abschaffung der Auslandskredite. Dadurch würde der Landwirtschaft der Kredit noch teurer, soweit das Landbundgeschrei, nicht überhaupt die Kreditfähigkeit der Landwirtschaft zerstört. Den Staatskredit soll in Zukunft nur der Landwirt erhalten, der wirklich wirtschaften kann.

Im vertriebenen Jankern ein angenehmes Leben zu geben, sind uns die fauer verdienten Steuerrollen der Arbeiter und Beamten zu schade. (Sehr gut bei den Soz.)

Nur eine rationalisierte deutsche Landwirtschaft wird leben können. Voraussetzung dafür ist die Aufhebung des Bodenmonopols, die Befreiung des Bauern aus der Abhängigkeit vom Bodenbesitz. Aber übermäßig große Bodenbesitz muß der öffentlichen Hand verfallen und planmäßig zur Siedlung ausgenutzt werden. Wie man den Weg zwischen Produzenten und Konsumenten abkürzt, zeigt praktisch der große neue Versicherungsvertrag zwischen der Großkaufmannsgesellschaft in Hamburg und dem Feuerlingsverband der Provinz Hannover. Aber solche praktische Arbeit für die Landwirtschaft liegt dem Landbund nicht. Er kämpft lieber Kampf und Aufruhr gegen den Marxismus an. Er sucht die Bauern auf die Straße zu hegen und zum Sturm mit ungemäßigtem Ziel aufzuführen. Unsere altemährige Kämpfercharakter vor diesen Drohungen keine Angst. Wenn die Herren Agrarier es wollen, wir sind bereit, ihnen entgegenzutreten. Es lebe der Kampf! (Sehhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Meiberg (DfP.): Wie weit geht die preussische Regierung die Stimmung im Landbau nach kommen zu lassen? Die Capriolzeiten waren golden im Vergleich zu heute. (Sehr wader rechts.) Die deutsche Landwirtschaft ist ein Trümmerfeld, und die Verantwortung trägt die Regierung. (Zurufe links: Schiele!) Nach die Forderungen des Ministers Schiele gehen uns längst nicht weit genug. Aber die Propagationen der preussischen Regierung

treiben die Landwirtschaft zur Verzweiflung. Die Geringfügigkeit der Schutzsätze ruiniert gerade den Landarbeiter und den kleinen Landwirt. Man sollte die Umsatzsteuer um 4 Proz. erhöhen, das würde niemanden weh tun, und man hätte 350 Millionen Mark jährlich für die Landwirtschaft! (Unruhe links.) Im Staatssekretär Krüger hat der Landwirtschaftsminister einen Vertreter der Partei in sein Ministerium gerufen, die grundsätzlich Feind der Landwirtschaft ist. (Große Unruhe bei den Soz.) Möge die Regierung in letzter Stunde dafür sorgen, daß nicht ein Feuer ausbricht, das Staat und Wirtschaft verzehrt. Aber es ist höchste Zeit. Die Gebude der Landwirtschaft ist erschöpft. (Sehhafter Beifall rechts, Lachen links.) Die Fortsetzung der Debatte wird auf Freitag mittag, 12 Uhr, verlag.

Das Unrecht der Besetzung.

Die Rheinlanddebatte im Reichstag.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern, wie wir schon mitteilten, mit dem Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete. Im weiteren Verlauf der Sitzung lehnt Abg. Dr. Dryander (Dnat.) Bestrebungen auf Verschlagung Preußens und rheinische Autonomie aufs schärfste ab. Das Mainzer Kriegsgericht habe vor wenigen Tagen zwei Mainzer Kaufleute wegen Spionage zugunsten einer fremden Macht, nämlich Deutschlands, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Dabei sei Deutschland, von Mainz ausgehend, mit einem Spionagenetz überspannt. Besonders Hilfe verdienende Sachen. Die Eupen-Walmedy-Frage müsse im friedlichen Benehmen mit Belgien einmal ihre Lösung finden.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Z.) begründet Sentenzenentscheidungen, in denen Erwerbslosenunterstützung für die Saargänger verlangt und Verhandlungen mit der Reichsbahnverwaltung darüber gefordert werden, ob sich statt der bisherigen Saargüterabnahme von 90 000 Tonnen monatlich eine Erhöhung auf 225 000 Tonnen ermögliicht läßt, damit die von der Saargrubenverwaltung angekündigten Entlassungen und Festerückstellungen vermieden werden. Der Redner beklagt, daß die Regierung ihr Versprechen, die Besetzungszulagen für die Beamten weiter zu zahlen, nicht gehalten habe.

Abg. Dr. Kalle (D. Vp.) meint, es bestehe der dringende Verdacht, daß die französische Besetzungsbehörde auch die Handelsespionage betreibt oder fördert. Bei Vergebung von staatlichen Aufträgen sollte das wirtschaftlich leidende besetzte Gebiet besonders berücksichtigt werden. Das Rheinland müsse heute noch als Notstandsgebiet betrachtet werden. Notwendig seien vor allem Verkehrsverbesserungen.

Abg. Dr. Schüding (Dem.) erklärt, das Opfer des Locarno-Vertrages sei von Deutschland gebracht worden in der Hoffnung, daß dadurch das Unrecht der Besetzung verschwinden werde. Trotz seiner schweren Opfer leide das Volk weiter unter einer Besetzung, die länger dauert, als jemals eine Besetzung im 19. Jahrhundert gedauert hat. Die Fortdauer der Besetzung widerspricht der Bestimmung des Völkerbundes, daß die Beziehungen der Länder untereinander nach den Grundsätzen der Ehre und Gerechtigkeit geregelt werden sollen. Der Redner wendet sich dann gegen die von Volcarré vertretene Rechtsauffassung in der Besetzungsfrage. Die von der letzten Völkerbundsversammlung dem Sicherheitsrat mitgegebenen Richtlinien seien in vielen Punkten bedenklich.

Deutschland müsse jedenfalls die Verknüpfung der Sicherheitsfrage mit der Besetzungsfrage durchaus ablehnen.

Das deutsche Bürgertum habe sich auf den Verständigungsgebanten eingestellt, jetzt müsse die Antwort von Frankreich kommen durch die Aufhebung der militärischen Besetzung des Rheinlands.

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) kritisiert verschiedene Positionen des Etats. Die Verwaltungsausgaben seien zu hoch, sie nähmen 66 Proz. der Gesamtausgaben in Anspruch gegen 18 Proz. im vorigen Jahre.

Abg. Dr. Briffen (Wirtsch. Vp.) verlangt steuerliche Erleichterungen für die mitleidenden Mittelstandseigenen im besetzten

ZUR EINSEGNUNG

besonders billige Angebote für Anzüge, Größe 38-43

Blauer Cheviot	sehr haltbare Qualität, 1- u. 2-reihig, 30.-, 27.-	24.-
Blaue tuchartige Cheviot u. Serge	glatter, 1- und 2-reihige Form, 42.-, 38.-	33.-
Marengo-Cheviot	sehr haltbar, 1- und 2-reihig, 50.-, 45.-	33.-
Ersatz reinweiß. Kammgarnstoffe	L.M.B., 1- und 2-reihig, 63.-, 60.-, 55.-	40.-
Jackett-Anzüge	Gr. 9 u. 10, mit langer Hose, div. einzeln, blau und farbig, 18.-	15.-
Prüfungs-Anzüge, Größe 38-43		
Romespun	und gabardineartige Stoffe, haltb. Qualität, 30.-, 27.-	21.-
Cheviot	mit Nadelstreifen, je nach Art und Qualität, 45.-, 40.-, 36.-	33.-
Maßersatz	hervorragende Qualität, in reichh. Auswahl, 60.-, 55.-	50.-
Kleinere Größen 10% billiger		

Hüte, Krawatten, Wäsche, Handschuhe in großer Auswahl

Baer Sohn & Berlin N4

Nur Chausseestraße 29-30

Für Ball und Gesellschaft



Silber - Voll - Brokat-Spangenschuhe, sehr günstiges Angebot . . . 7⁹⁰

Lack mit Wildleder, Spangenschuhe, entzück. Komb. 18.50, 14.90 13

Herren - Lockschr. schuh, eleg. Ausf., rassige Formen . . 11⁹⁰



Jack & Cie. A.G.

Burg b.M.

Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf

Thaerstr. 40
geöffnet von 8-3 Uhr, Freitags und Sonnabends 8-7 Uhr

Schönhäuser Allee 33
geöffnet von 8-1, 4-7 Uhr

Kranse-Pianos zur Miete

W50, Ansbacherstr. 1

Der gute Kapitän-Kaufabak

in der besten Qualität
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kapt. 3601

125 eigene Verkaufsstellen, davon in Groß-Berlin und Potsdam:

C. Spittelmarkt 14	C. Rosenthaler Str. 14	SO, Oranienstr. 2a	Charlottenburg, Wilmerdorfer Str. 122
N. Brunnenstr. 37	NW, Turmstr. 41	SO, Wrangelstr. 49	Friedenau, Rheinstr. 67
N. Damsiger Str. 1	NW, Wiltschacker Str. 22	SW, Friedrichstr. 240/11	Neukölln, Bergerstr. 12
N. Friedrichstr. 130	O, Andreasstr. 50	W, Potsdamer Str. 20	(Ecke Steinmetzstraße)
N. Müllerstr. 2	O, Frankfurter Allee 22	(an der Kurlärtenstr.)	Potsdam, Brandenburger Str. 94

